



🏠 ▶ + ▶ Wirtschaft ▶ CAS Digitalisierung und Künstliche Intelligenz im HRM

CAS Digitalisierung und Künstliche Intelligenz im HRM

Wissen und innovative Praxis für Gegenwart und Zukunft



Rechtsanwälte
ATTORNEYS @ LAW

FSDZ Rechtsanwälte & Notariat AG

Zugerstrasse 76b | 6340 Baar | Tel. +41 41 727 60 80 | Fax +41 41 727 60 85 | E-Mail sekretariat@fsdz.ch

Impressum Datenschutzbestimmungen

Profil Kompetenzen - Team Aktuell Publikationen Referenzen Kontakt



Umsetzung der DSGVO

Hinweis schliessen

Als Anwaltskanzlei mit Schwerpunkt vor allem im Datenschutzrecht ist uns ein verantwortungsbewusster Umgang mit Ihren personenbezogenen Daten wichtig. FSDZ Rechtsanwälte & Notariat AG verzichtet vollständig auf den Einsatz von Social Media-Plugins, Websiteanalyse-Diensten und Anzeigen sowie Marketing-Diensten (keine Cookies, keine Google Analytics etc.). Sie können ohne Angabe von personenbezogenen Daten unsere Webseite besuchen.

Jetzt anrufen 041 727 60 80
oder E-Mail schreiben

FSDZ Rechtsanwälte & Notariat AG

Zugerstrasse 76b
6340 Baar
Telefon +41 41 727 60 80
Fax +41 41 727 60 85
sekretariat@fsdz.ch
Karte Google Maps

Rechtsanwalt
lic. iur. Lukas Fässler
Telefon +41 41 727 60 80
Mobile +41 79 209 24 32
faessler@fsdz.ch

Rechtsanwältin und Notarin
lic. iur. Carmen de la Cruz Böhringer
Telefon +41 41 727 60 80
sekretariat@fsdz.ch

Assoziierte selbständige Anwältin:

Eva Patroncini
Büro Uster
Imkerstasse 7
Postfach 1280
CH-8610 Uster
Telefon +41 44 380 85 85
patroncini@fsdz.ch

Partnerkanzlei de la
cruz beranek Rechtsanwälte
AG, Zug
de la cruz beranek Rechtsanwälte AG
Industriestrasse 7
CH 6300 Zug
Telefon: +41 41 710 28 50

www.fsdz.ch



Lukas Fässler Rechtsanwalt

Rechtsanwalt und Informatikexperte,
Certified Software Asset Manager IAITAM Inc.

Profil

1975 – 1980	Studium an der Universität Fribourg/CH	VRP AR Informatik AG	(2019)
1982	Anwaltspatent des Kantons Luzern	Vizepräsident VR ILZ OW/NW	(2001)
1982 – 1984	Gerichtsschreiber am Amtsgericht Hochdorf	Vizepräsident VR HIN AG	(2000)
1984 - 1987	Gerichtsschreiber am Verwaltungsgericht Luzern	Präsident Verein SSGI	(2005-2025)
1987 - 1992	EDV-Beauftragter im Gerichtswesen Kanton Luzern	VRP Viacar AG	(2010-2012)
1992 - 1997	Informatikchef des Kantons Luzern	Dozent Fachhochschule NW in Basel	
1997	Selbständiger Spezialanwalt seit September 1997	Dozent Universität Basel	
1999 - 2000	Universität Zürich, Nachdiplomstudium, Internationales Wirtschaftsrecht (Spezialisierungskurs Immaterialgüterrecht, Technologie- und Informationsrecht)	Dozent Universität Bern/Lausanne	
2017	"Certified Software Asset Manager IAITAM Inc." bei der International Association of Information Technology Asset Managers Inc. in Amerika		

Wenn in Europa DataCenters brennen, kommen Fragen der Business Continuity, der Verantwortung und Haftung sofort auf den Tisch



Cloud-Rechenzentrum der OVN in Strassburg am 10.3.2021

Cyberangriff auf Comparis

Comparis-Hacker hatten Zugang zu Nutzerdaten

https://www.srf.ch/news/wirtschaft/cyberangriff-auf-comparis-comparis-hacker-hatten-zugang-zu-nutzerdaten
Aktualisiert um 08:28 Uhr

<https://www.srf.ch/news/wirtschaft/cyberangriff-auf-comparis-comparis-hacker-hatten-zugang-zu-nutzerdaten>

Cyberkriminalität

Emil Frey-Gruppe wurde Opfer von Cyberangriff

Mittwoch, 12.01.2022, 01:44 Uhr

<https://www.srf.ch/news/schweiz/cyberkriminalitaet-emil-frey-gruppe-wurde-opfer-von-cyberangriff>

Hacker legen einzige Zeitungspapierfabrik der Schweiz lahm – Folgen nicht absehbar

<https://www.watson.ch/digital/schweiz/744582672-hacker-legen-einzige-zeitungspapierfabrik-der-schweiz-lahm-mit-folgen>

Hackerangriff auf die Rothenburger Auto AG Group

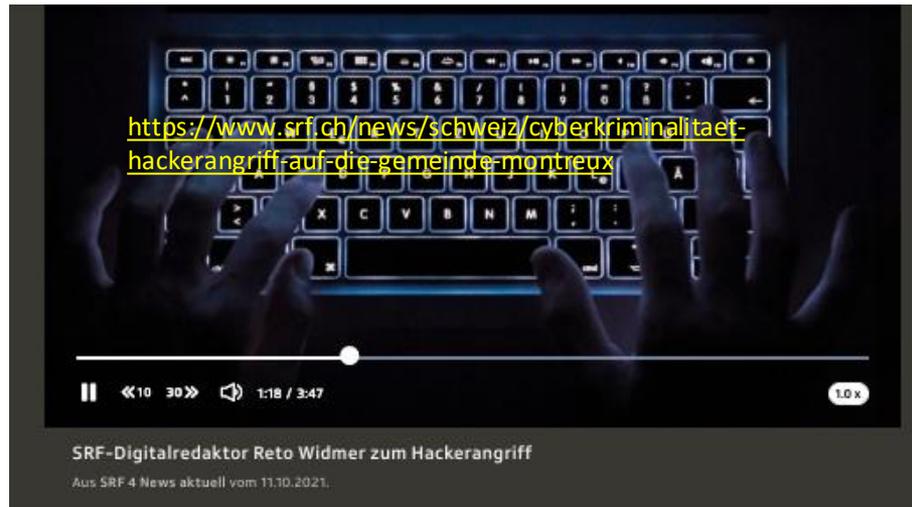
Die Auto AG Group mit Sitz in Rothenburg wurde Opfer eines Hackerangriffs. Die Täterschaft ist bisher unbekannt.

27.08.2019, 17:26 Uhr

Merken Drucken Teilen



Das Gebäude der Auto AG Group in Rothenburg. (Bild: Nadia Schärli, Rothenburg, 16. April 2019)



News > Schweiz >

Quelle:
<https://www.srf.ch/news/schweiz/cyberkriminalitaet-hackerangriff-auf-die-gemeinde-montreux>

Cyberkriminalität

Hackerangriff auf die Gemeinde Montreux

Montag, 11.10.2021, 08:17 Uhr
Aktualisiert um 11:33 Uhr



Dieser Artikel wurde 4-mal geteilt.

- Die Waadtländer Gemeinde Montreux ist Ziel eines Cyberangriffs geworden.
- Die Attacke sei am Sonntagmorgen entdeckt worden, teilte die Gemeinde mit. Die Grösse des Angriffs und der Schaden können erst jetzt eingeschätzt werden, teilt die Gemeinde mit.

SPAM-MAILS

Hackerangriff auf Apotheker

APOTHEKE ADHOC, 11.01.2014 09:37 Uhr



Gefälschte E-Mail: Ein Hacker will mit Daten aus dem Postfach eines Apothekers Kasse machen.

Foto: APOTHEKE ADHOC

Berlin - Nach einem Hackerangriff wurde einem Apotheker aus Niedersachsen nicht nur das Passwort geknackt – ein bislang Unbekannter hat auch im Namen von Dr. Rainer Camehn in einer E-Mail um Geld gebeten. Noch ist der Hackerangriff auf das Postfach des

Teil 1

Digitale Verantwortung im Unternehmen und in öffentlichen Verwaltungen

Die digitale Verantwortung

- Applikationen und digital unterstützte Prozesse im Unternehmen sind nicht mehr wegzudenken.
- Es besteht eine vollständige Abhängigkeit von der Digitalisierung im Unternehmen.
- Damit stellt die Digitalisierung vollständig neue Anforderungen an die strategischen (Verwaltungsrat) und operativen Führungskräfte (Geschäftsleitung) einer Unternehmung.
- Die Digitalisierung ist ein zentraler Wirtschaftlichkeitsfaktor, aber zugleich ein erheblicher Risikofaktor im Unternehmen, welche mit aller Sorgfalt zu steuern, überwachen, verbessern und die geltenden Bestimmungen (Gesetzes, Verordnungen, Weisungen, Richtlinien, Standards etc.) zu berücksichtigen haben.

Gesetze und Rahmenbedingungen für die Verantwortung

Im Personalwesen der Schweiz gibt es **kein** einheitliches „**HR-Gesetzbuch**“, sondern ein **Zusammenspiel aus Gesetzen, Verordnungen, branchenspezifischen Regelungen (best practise) und teilweise internationalen Standards**, die HR-Abteilungen beachten müssen. Hier die wichtigsten Bereiche:

1. Gesetzliche Grundlagen (obligatorisch)

- **Obligationenrecht (OR):**
 - Arbeitsvertrag (Art. 319–362 OR)
 - Lohnfortzahlung, Überstunden, Kündigungsschutz, Konkurrenzverbot etc.
- **Arbeitsgesetz (ArG) und Verordnungen:**
 - Arbeits- und Ruhezeiten, Nacht-/Sonntagsarbeit, Gesundheitsschutz
- **Datenschutzgesetz (DSG) (seit 1.9.2023 revidiert):**
 - Schutz von Personaldaten, Informationspflichten, Datensicherheit
- **Gleichstellungsgesetz (GIG):**
 - Verbot der Diskriminierung von Geschlechtern, Lohnanalysen für grössere Unternehmen
- **Berufsbildungsgesetz (BBG):**
 - Vorschriften für Lehrverhältnisse
- **Sozialversicherungsrecht:**
 - AHV/IV/EO, ALV, BVG (Pensionskasse), UVG (Unfallversicherung), KTG (Krankentaggeld, wenn abgeschlossen)

< Personal

Arbeitsrecht

Vertragliches

Arbeitszeit

Arbeitsvermittlung

Stellenmeldepflicht

Weiterführende Informationen

Merkblätter und weiterführende Informationen

Informationen zu Kündigungsfristen, den Rechten von Arbeitnehmern und Vollzugskostenbeiträgen sind auf der Website des SECO zu finden.

Auf der Website des SECO stehen diverse Merkblätter zur Verfügung, die dazu dienen, die arbeitsrelevanten Abläufe zu erleichtern sowie Arbeitgebenden und Arbeitnehmenden dabei zu helfen, ihre Rechte und Pflichten zu verstehen.

In diesen Informationssammlungen finden sich unter anderem die Regelungen zu den Kündigungsfristen, den Rechten von Arbeitnehmerinnen sowie den Vollzugskostenbeiträgen: [Diverse Merkblätter \(SECO\)](#) 

JETZT ABONNIEREN

Mit dem KMU-Newsletter informiert bleiben.

Informationen

Links

[Eidgenössischen Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann EBG](#) 

[Vereinbarkeit von Beruf und Familie](#) 

Letzte Änderung 23.03.2020

[^ Zum Seitenanfang](#)

<https://www.kmu.admin.ch/kmu/de/home/praktisches-wissen/personal/arbeitsrecht/weiterfuehrende-informationen.html>

2. Normen und Standards (freiwillig, aber praxisrelevant)

ISO-Normen im HR-Kontext:

- **ISO 30414:** Human Capital Reporting (Kennzahlen für Personalmanagement)
- **ISO 10667:** Assessment Services (Standards für Eignungsdiagnostik und Auswahlverfahren)
- **ISO 26000:** Leitfaden zur gesellschaftlichen Verantwortung (CSR, auch im HR wichtig)

Swissdec: Standard für elektronische Lohnmeldungen an Behörden (z. B. AHV, Suva, Steuerämter)

Good Practice Guidelines von HR Swiss (Dachverband Human Resources)

3. Branchenspezifische Standards / Gesamtarbeitsverträge (GAV)

In vielen Branchen gelten **Gesamtarbeitsverträge**, die über die gesetzlichen Mindestbestimmungen hinausgehen (z. B. Bau, Gastronomie, Pflege).

Teils verbindlich erklärt durch den Bundesrat.

4. Soft-Law & Empfehlungen

- **Code of best practise for corporate governance** (interne Ethikrichtlinien economiesuisse)
- **Diversity & Inclusion Standards** (z. B. Charta der Vielfalt)
- **OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen**

Nachfolgende Ausführungen zur Aktiengesellschaft gelten sinngemäss auch für die Träger öffentlicher Aufgaben (Verwaltungen).

Hier sind jedoch die jeweiligen Organisations-, Verantwortlichkeits- und Haftungsgesetze des Bundes, der Kantone oder – soweit relevant – der Gemeinden zu beachten.

Öffentliche-rechtliche Aktiengesellschaften, Anstalten oder andere juristische Personen des öffentlichen Rechts unterstehen in der Regel einer Spezialgesetzgebung (z.B. AR: eGov-Gesetz; ILZ OW/NW: Konkordats-Vereinbarung der Kantone OW und NW), wobei jeweils die privatrechtlichen Verantwortlichkeitsbestimmungen zur Anwendung gebracht werden.

Die gesetzlichen Grundlagen zur Unternehmensführung

Die digitalen Sorgfaltspflichten der Führungskräfte

VR - Verwaltungsrat Strategische Führung

Art. 716a⁴³⁰

2. Unübertragbare Aufgaben

¹ Der Verwaltungsrat hat folgende unübertragbare und unentziehbare Aufgaben:

1. die Oberleitung der Gesellschaft und die Erteilung der nötigen Weisungen;
2. die Festlegung der Organisation;
3. die Ausgestaltung des Rechnungswesens, der Finanzkontrolle sowie der Finanzplanung, sofern diese für die Führung der Gesellschaft notwendig ist;
4. die Ernennung und Abberufung der mit der Geschäftsführung und der Vertretung betrauten Personen;
5. die Oberaufsicht über die mit der Geschäftsführung betrauten Personen, namentlich im Hinblick auf die Befolgung der Gesetze, Statuten, Reglemente und Weisungen;
6. die Erstellung des Geschäftsberichtes⁴³¹ sowie die Vorbereitung der Generalversammlung und die Ausführung ihrer Beschlüsse;
7. die Benachrichtigung des Richters im Falle der Überschuldung.

² Der Verwaltungsrat kann die Vorbereitung und die Ausführung seiner Beschlüsse oder die Überwachung von Geschäften Ausschüssen oder einzelnen Mitgliedern zuweisen. Er hat für eine angemessene Berichterstattung an seine Mitglieder zu sorgen.



VR - Verwaltungsrat
Strategische Führung

B. Der Verwaltungsrat⁴¹⁴

5. die Obergaufsicht über die mit der Geschäftsführung betrauten Personen, namentlich im Hinblick auf die Befolgung der Gesetze, Statuten, Reglemente und Weisungen;

Compliance-Verantwortung



VR - Verwaltungsrat
Strategische Führung

B. Der Verwaltungsrat⁴¹⁴

Art. 717⁴³³

IV. Sorgfalts-
und Treuepflicht

¹ Die Mitglieder des Verwaltungsrates sowie Dritte, die mit der Geschäftsführung befasst sind, müssen ihre Aufgaben mit aller Sorgfalt erfüllen und die Interessen der Gesellschaft in guten Treuen wahren.

² Sie haben die Aktionäre unter gleichen Voraussetzungen gleich zu behandeln.

**Bundesgesetz
betreffend die Ergänzung
des Schweizerischen Zivilgesetzbuches
(Fünfter Teil: Obligationenrecht)**

vom 30. März 1911 (Stand am 1. Juli 2015)

III. Haftung für
Verwaltung,
Geschäfts-
führung und
Liquidation

Art. 754⁴⁸⁸

¹ Die Mitglieder des Verwaltungsrates und alle mit der Geschäftsführung oder mit der Liquidation befassten Personen sind sowohl der Gesellschaft als den einzelnen Aktionären und Gesellschaftsgläubigern für den Schaden verantwortlich, den sie durch absichtliche oder fahrlässige Verletzung ihrer Pflichten verursachen.

² Wer die Erfüllung einer Aufgabe befugterweise einem anderen Organ überträgt, haftet für den von diesem verursachten Schaden, sofern er nicht nachweist, dass er bei der Auswahl, Unterrichtung und Überwachung die nach den Umständen gebotene Sorgfalt angewendet hat.



Bundesgericht
Tribunal fédéral
Tribunale federale
Tribunal federal

Urteilkopf

139 III 24

4. Auszug aus dem Urteil der I. zivilrechtlichen Abteilung i.S. A. und Mitb. gegen X. AG
(Beschwerde in Zivilsachen)
4A_375/2012 vom 20. November 2012

Regeste a

Art. 754 OR; aktienrechtliche Verantwortlichkeit.

Haftung des Verwaltungsrats für die Kosten eines erfolglos geführten Prozesses über die Eintragung von Namenaktien im Aktienbuch der Gesellschaft, in dem erkannt wurde, die Verweigerung der Eintragung sei nicht im Interesse der Gesellschaft erfolgt und habe gegen das Gleichbehandlungsgebot der Aktionäre sowie gegen das Rechtsmissbrauchsverbot verstossen (E. 3).



Bundesgericht
Tribunal fédéral
Tribunale federale
Tribunal federal

3.2 Nach Art. 717 Abs. 1 OR müssen die Mitglieder des Verwaltungsrats, sowie Dritte, die mit der Geschäftsführung befasst sind, ihre Aufgaben mit aller Sorgfalt erfüllen und die Interessen der Gesellschaft in guten Treuen wahren. Die gesetzlich normierte Treuepflicht verlangt, dass die Mitglieder des Verwaltungsrats ihr Verhalten am Gesellschaftsinteresse ausrichten. Für die Sorgfalt, die der Verwaltungsrat bei der Führung der Geschäfte der Gesellschaft aufzuwenden hat, gilt ein objektiver Massstab. Die Verwaltungsräte sind zu aller Sorgfalt verpflichtet und nicht nur zur Vorsicht, die sie in eigenen Geschäften anzuwenden pflegen (**BGE 122 III 195 E. 3a S. 198; BGE 113 II 52 E. 3a S. 56**). Das Verhalten eines Verwaltungsratsmitglieds wird deshalb mit demjenigen verglichen, das billigerweise von einer abstrakt vorgestellten, ordnungsgemäss handelnden Person in einer vergleichbaren Situation erwartet werden kann (PETER BÖCKLI, Schweizer Aktienrecht, 4. Aufl. 2009, § 13 N. 575).

Die Sorgfalt richtet sich nach dem Recht, Wissensstand und den Massstäben im Zeitpunkt der fraglichen Handlung oder Unterlassung. Bei der Beurteilung von Sorgfaltspflichtverletzungen hat mithin eine ex ante Betrachtung stattzufinden (vgl. Urteile 4A_74/2012 vom 18. Juni 2012 E. 5.1; 4A_467/2010 vom 5. Januar 2011 E. 3.3; BERNARD CORBÖZ, in: Commentaire romand, Code des obligations, Bd. II, 2008, N. 22 zu **Art. 754 OR**; GERICKE/WALLER, in: Basler Kommentar, Obligationenrecht, Bd. II, 4. Aufl. 2012, N. 31c zu **Art. 754 OR**; WATTER/PELLANDA, in: Basler Kommentar, Obligationenrecht, Bd. II, 4. Aufl. 2012, N. 6 zu **Art. 717 OR**).

Grobfahrlässigkeit

Grobfahrlässig handelt, wer grundlegende Vorsichtsgebote nicht beachtet, die eine vernünftige Person in der gleichen Situation befolgt hätte und dadurch andere Personen und auch sich selbst in Gefahr bringt. Zur Grobfahrlässigkeit im Strassenverkehr zählen demnach alle Situationen, bei denen man eine grobe Verletzung der Verkehrsregeln begeht, wie also das Überfahren einer Sicherheitslinie oder das Missachten eines Stoppsignals.

Was sind die Folgen von grobfahrlässigem Handeln?

Grobfahrlässigkeit wirkt sich auf die Versicherungsleistung bei einem Schadenfall aus. Eine Versicherung hat so das Recht, einen Teil der entstandenen Kosten von der grobfahrlässig handelnden Person zurückzuerlangen. Das wird auch als Regress oder Rückgriffsrecht bezeichnet. Je nach Schwere der Grobfahrlässigkeit kann dieser Anteil zum Beispiel 20%, 50% oder auch mehr betragen.

Eine Organhaftpflichtversicherung gibt somit keine umfassende Schadensdeckung: Nicht für Vorsatz und grobe Fahrlässigkeit. Wird meist **in den AVB ausgeschlossen**.

Regress auf Verantwortliche bei Grobfahrlässigkeit in den AVB regelmässig vorgesehen.

Gesetzliche Beweislastumkehr zulasten Führungskräfte (VR und GL)

(Art. 100 OR, Art. 97 ff. OR und Art. 754 OR)

Wer seine laufend aktualisierten Sorgfaltspflichten
(Auswahl, Unterrichtung und Überwachung nicht)
nicht beweisen kann, haftet.

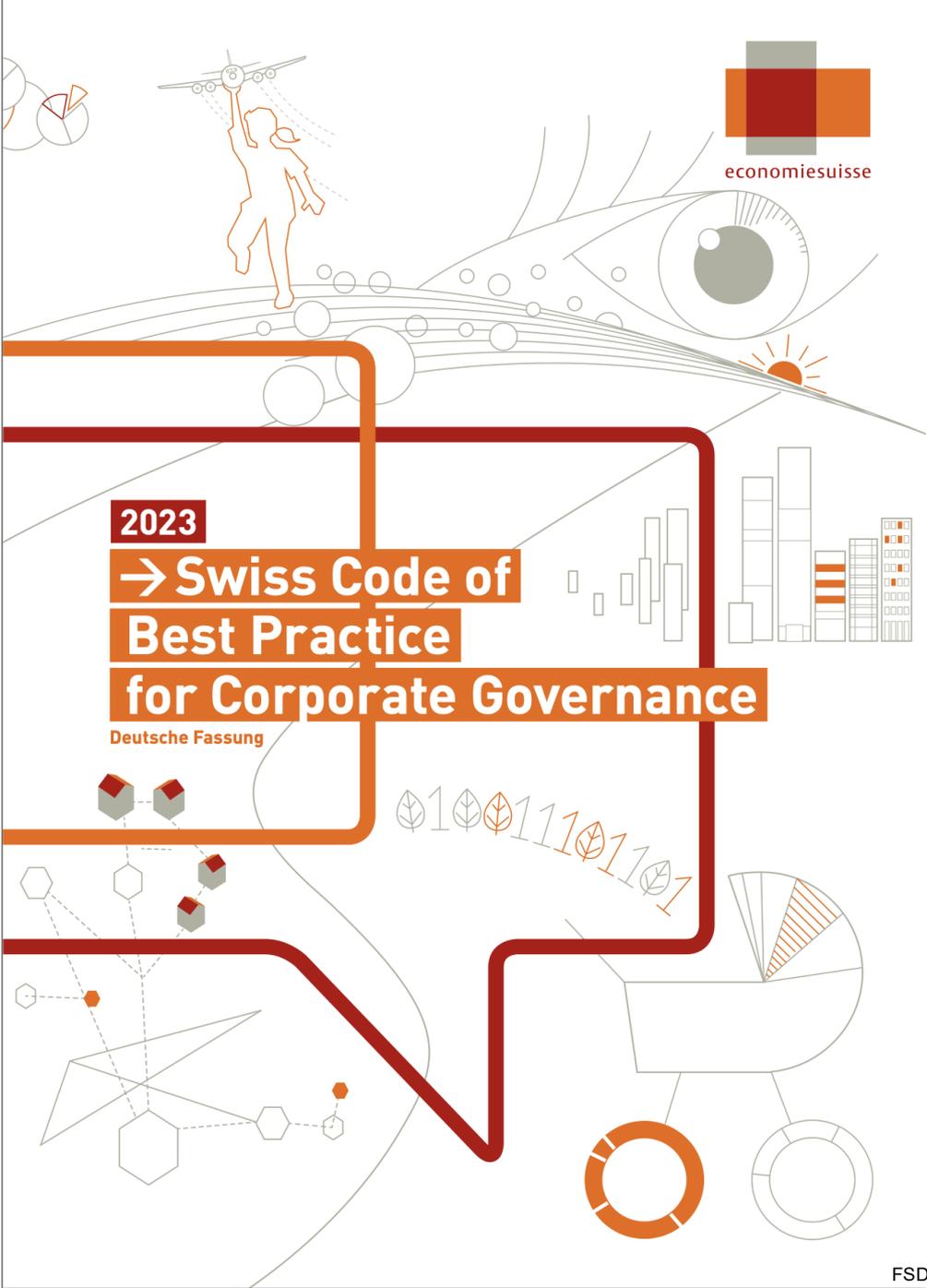
Standards und Normen



swiss code of best practice for corporate governance

Swiss Code of Best Practice

Seit dem 1. Juli 2002 existiert zudem der **Swiss Code of Best Practice** (oder "*Swiss Code*") vom Dachverband der Schweizer Wirtschaft (**economiesuisse**). Dieser listet Verhaltensregeln auf, die für eine vorbildliche Corporate Governance notwendig sind. Die Anwendung des Codes basiert auf Freiwilligkeit. Dieser Swiss Code of Best Practice wurde 2007 um zehn Empfehlungen zur Vergütung von Verwaltungsräten und oberstem Management erweitert.^[8]



economiesuisse

2023

→ Swiss Code of Best Practice for Corporate Governance

Deutsche Fassung

Umgang mit Risiken, Compliance und Finanzüberwachung (internes Kontrollsystem)

Der Verwaltungsrat sorgt für ein dem Unternehmen angepasstes internes Kontrollsystem, welches Risikomanagement, Compliance und Finanzüberwachung umfasst.

26

- Das interne Kontrollsystem dient dem Ziel, die Effektivität und die Effizienz der Geschäftstätigkeit (Operations), die Gesetzes- und Normenkonformität (Compliance) sowie die Verlässlichkeit der finanziellen und nichtfinanziellen Berichterstattung (Reporting) sicherzustellen.
- Das operative Management und die es unterstützenden Funktionen sorgen dafür, dass die Kontrollen gemäss den Vorgaben des Verwaltungsrats umgesetzt werden und dass sie wirksam sind.
- Die Ausgestaltung des internen Kontrollsystems hat der Grösse, der Komplexität und dem Risikoprofil des Unternehmens Rechnung zu tragen.

Risikomanagement

27

Das Unternehmen verfügt über ein angemessenes Risikomanagement. Der Verwaltungsrat nimmt eine regelmässige Risikobeurteilung vor.

- Das Risikomanagement umfasst namentlich strategische, operationelle, rechtliche und finanzielle Risiken sowie Marktrisiken bzw. Risiken für die Reputation des Unternehmens.
- Der Verwaltungsrat nimmt mindestens einmal jährlich eine Risikobeurteilung vor und berücksichtigt deren Ergebnis für seine Leitungs- und Aufsichtsaufgaben sowie für die Weiterentwicklung des internen Kontrollsystems.

Compliance und verantwortungsvolles Handeln

28

Der Verwaltungsrat ist dafür besorgt, dass das Unternehmen insgesamt Gesetze und interne Normen einhält (Compliance) und auch darüber hinaus verantwortungsvoll handelt.

- Der Verwaltungsrat ist im Rahmen seiner Oberaufsicht dafür besorgt, dass nicht nur seine Mitglieder, sondern das Unternehmen insgesamt, inklusive Management und Mitarbeitende, die Gesetze und internen Normen einhalten (Compliance) und dass auch darüber hinaus verantwortungsvoll gehandelt wird.
- Der Verwaltungsrat organisiert die Compliance nach den Besonderheiten des Unternehmens und erlässt geeignete Verhaltensrichtlinien. Er orientiert sich dabei an anerkannten Best-Practice-Regeln und beachtet die wichtige Rolle finanzieller wie nichtfinanzieller Anreize für Mitarbeitende und deren Vorgesetzte.³
- Die Geschäftsleitung trifft Massnahmen zur Einhaltung der Gesetze und internen Normen sowie für ein integriertes Geschäftsgebahren im Unternehmensalltag. Sie gewährt hierfür die erforderlichen personellen und finanziellen Ressourcen.



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation UVEK

Bundesamt für Energie BFE
Digital Innovation Office

Bericht vom 28 Juni 2021

Cyber-Sicherheit und Cyber Resilienz für die Schweizer Stromversorgung

Datum: 28 Juni 2021

Ort: Bern

Auftraggeberin:

Bundesamt für Energie BFE
CH-3003 Bern
www.bfe.admin.ch

Auftragnehmer/in:

Deloitte AG
General-Guisan-Quai 38, CH-8022 Zürich
www.deloitte.com/ch

Achtung: Systemrelevante kritische Infrastrukturen unterliegen zusätzlichen Sorgfaltspflichten

Fazit

- Die gesamte Digitalisierung mit allen Facetten im Unternehmen ist einer **periodischen Risikobeurteilung** in vielfacher Hinsicht zu unterziehen:
 - Sicherstellung der **Business Continuity** (Verfügbarkeit)
 - Absicherung der Infrastrukturen, Personendaten, Sachdaten, Objektdaten, Finanzdaten etc (**Infrastructure and data security**)
 - **Einhaltung von Branchenvorgaben** (z.B. Elektrizitätswirtschaft als kritischer Faktor für die Landesversorgung -> Standards und Vorgaben der Bundesbehörden oder der Branche.
 - Zwingende **Einbindung in** das IKS (**interne Kontrollsystem**) der Unternehmung
 - **Periodische Überprüfung nachweisen** (mindestens jährlich einmal)

Teil 2

HR und das neue Datenschutz- und Datensicherheitsrechts

Grundprinzipien des neuen europäischen Datenschutzes (DSGVO)

**Warum kann die DSGVO (EU) für
ihr Unternehmen relevant sein?**

Marktortprinzip

Angebot an Bürger in EU - Aufenthalt in EU - BEOBACHTEN

Art. 3 DSGVO

Räumlicher Anwendungsbereich

- (2) Diese Verordnung findet Anwendung auf die Verarbeitung personenbezogener Daten von betroffenen Personen, die sich in der Union befinden, durch einen nicht in der Union niedergelassenen Verantwortlichen oder Auftragsverarbeiter, wenn die Datenverarbeitung im Zusammenhang damit steht
- a) betroffenen Personen in der Union Waren oder Dienstleistungen anzubieten, unabhängig davon, ob von diesen betroffenen Personen eine Zahlung zu leisten ist;
 - b) das Verhalten betroffener Personen zu beobachten, soweit ihr Verhalten in der Union erfolgt.

Anknüpfungspunkt 1

Angebot von Waren und Dienstleistungen (Art. 3 Abs. 2 lit.a DSGVO)

Anknüpfungspunkt 2

Überwachung des Verhaltens von Personen in der EU (Art. 3 Abs. 2 lit.b DSGVO)

Entstehungsgeschichte

- Datenschutzrecht stammt in EU und CH aus 1995
- Januar 2012: EU-Kommission schlägt Massnahmen vor zur Aktualisierung und Modernisierung der Datenschutz-Richtlinie 95/46/EG und des Rahmenbeschlusses (polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit) 2008/977/JI

Ziel:

EU-weit einheitliche, an das digitale Zeitalter angepasste Regeln für alle EU-Staaten, um Rechtssicherheit zu verbessern und Vertrauen von Bürgerinnen und Bürger in den digitalen Binnenmarkt zu stärken.

Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27.4.2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG

- Am 24.4.2016 vom EU-Parlament angenommen.

- **Ist am 25.5.2018 in Kraft getreten**

- Gilt ab diesem Datum für alle Akteure, **die auf dem Gebiet der EU tätig sind**

- EU-Verordnung ist in Gesamtheit verbindlich
- EU-Verordnung ist in jedem EU-Land unmittelbar anwendbar (keine nationalen Gesetz mehr notwendig)

- **Aber zahlreiche Ausnahmetatbestände (Öffnungsklauseln) eingeführt** (z.B. Ausdehnung auf juristische Personen möglich -> Österreich / alle anderen Länder: nur Schutz der Personendaten natürlicher Personen)



VERORDNUNGEN

Datenschutz-Grundverordnung ab 2018

VERORDNUNG (EU) 2016/679 DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES

vom 27. April 2016

zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (Datenschutz-Grundverordnung)

Verordnungstext mit Erwägungen

4.5.2016

DE

Amtsblatt der Europäischen Union

L 119/1

<http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/ALL/?uri=CELEX%3A32016R0679>

I

(Gesetzgebungsakte)

VERORDNUNGEN

VERORDNUNG (EU) 2016/679 DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES

vom 27. April 2016

zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (Datenschutz-Grundverordnung)

(Text von Bedeutung für den EWR)

DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT UND DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, insbesondere auf Artikel 16,

auf Vorschlag der Europäischen Kommission,

nach Zuleitung des Entwurfs des Gesetzgebungsakts an die nationalen Parlamente,

nach Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses ⁽¹⁾,

nach Stellungnahme des Ausschusses der Regionen ⁽²⁾,

gemäß dem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren ⁽³⁾,

in Erwägung nachstehender Gründe:

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Der Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten ist ein Grundrecht. Gemäß Artikel 8 Absatz 1 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union (im Folgenden „Charta“) sowie Artikel 16 Absatz 1 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) hat jede Person das Recht auf Schutz der sie betreffenden personenbezogenen Daten.
- (2) Die Grundsätze und Vorschriften zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten sollten gewährleisten, dass ihre Grundrechte und Grundfreiheiten und insbesondere ihr Recht auf Schutz personenbezogener Daten ungeachtet ihrer Staatsangehörigkeit oder ihres Aufenthaltsorts gewahrt bleiben. Diese Verordnung soll zur Vollendung eines Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts und einer Wirtschaftsunion, zum wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt, zur Stärkung und zum Zusammenwachsen der Volkswirtschaften innerhalb des Binnenmarkts sowie zum Wohlergehen natürlicher Personen beitragen.
- (3) Zweck der Richtlinie 95/46/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (*) ist die Harmonisierung der Vorschriften zum Schutz der Grundrechte und Grundfreiheiten natürlicher Personen bei der Datenverarbeitung sowie die Gewährleistung des freien Verkehrs personenbezogener Daten zwischen den Mitgliedstaaten.

(172) Der Europäische Datenschutzbeauftragte wurde gemäß Artikel 28 Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 45/2001 konsultiert und hat am 7. März 2012 ⁽¹⁾ eine Stellungnahme abgegeben.

(173) Diese Verordnung sollte auf alle Fragen des Schutzes der Grundrechte und Grundfreiheiten bei der Verarbeitung personenbezogener Daten Anwendung finden, die nicht den in der Richtlinie 2002/58/EG des Europäischen Parlaments und des Rates ⁽²⁾ bestimmte Pflichten, die dasselbe Ziel verfolgen, unterliegen, einschließlich der Pflichten des Verantwortlichen und der Rechte natürlicher Personen. Um das Verhältnis zwischen der vorliegenden Verordnung und der Richtlinie 2002/58/EG klarzustellen, sollte die Richtlinie entsprechend geändert werden. Sobald diese Verordnung angenommen ist, sollte die Richtlinie 2002/58/EG einer Überprüfung unterzogen werden, um insbesondere die Kohärenz mit dieser Verordnung zu gewährleisten —

⁽¹⁾ ABl. C 192 vom 30.6.2012, S. 7.

⁽²⁾ Richtlinie 2002/58/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Juli 2002 über die Verarbeitung personenbezogener Daten und den Schutz der Privatsphäre in der elektronischen Kommunikation (Datenschutzrichtlinie für elektronische Kommunikation) (ABl. L 201 vom 31.7.2002, S. 37).

HABEN FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

KAPITEL I

Allgemeine Bestimmungen

Artikel 1

Gegenstand und Ziele

(1) Diese Verordnung enthält Vorschriften zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten und zum freien Verkehr solcher Daten.

(2) Diese Verordnung schützt die Grundrechte und Grundfreiheiten natürlicher Personen und insbesondere deren Recht auf Schutz personenbezogener Daten.

(3) Der freie Verkehr personenbezogener Daten in der Union darf aus Gründen des Schutzes natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten weder eingeschränkt noch verboten werden.

Artikel 2

Sachlicher Anwendungsbereich

(1) Diese Verordnung gilt für die ganz oder teilweise automatisierte Verarbeitung personenbezogener Daten sowie für die nichtautomatisierte Verarbeitung personenbezogener Daten, die in einem Dateisystem gespeichert sind oder gespeichert werden sollen.

(2) Diese Verordnung findet keine Anwendung auf die Verarbeitung personenbezogener Daten

Artikel 98

Überprüfung anderer Rechtsakte der Union zum Datenschutz

Die Kommission legt gegebenenfalls Gesetzgebungsvorschläge zur Änderung anderer Rechtsakte der Union zum Schutz personenbezogener Daten vor, damit ein einheitlicher und kohärenter Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung sichergestellt wird. Dies betrifft insbesondere die Vorschriften zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung solcher Daten durch die Organe, Einrichtungen, Ämter und Agenturen der Union und zum freien Verkehr solcher Daten.

Artikel 99

Inkrafttreten und Anwendung

(1) Diese Verordnung tritt am zwanzigsten Tag nach ihrer Veröffentlichung im Amtsblatt der Europäischen Union in Kraft.

(2) Sie gilt ab dem 25. Mai 2018.

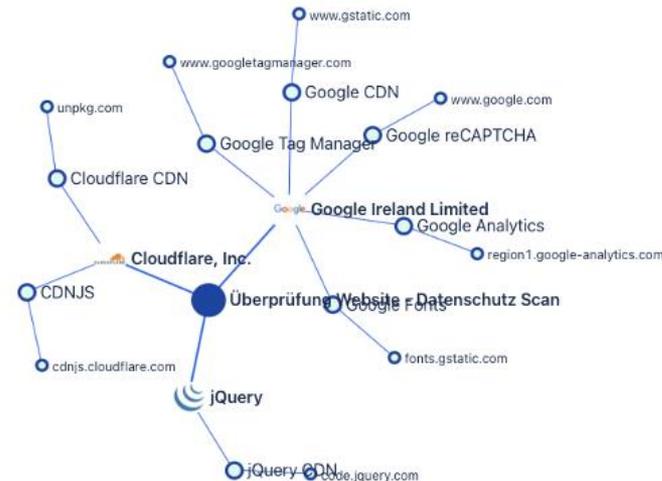
Tracking – Cookies etc.

Die meisten Internetseiten setzen heute standardmässig Analysetools jeder Ausprägung ein (z.B. Google-Analytics, Google Fonts etc.).

Das ist BEOBACHTEN von BETROFFENEN

Ist-Zustand

Land	Unternehmen	Produkt und Verbindungs-URL
US	Cloudflare, Inc.	CDNJS https://cdnjs.cloudflare.com/ajax/libs/fancybox/3.5.7/jquery.fancybox.min.css
US	Cloudflare, Inc.	Cloudflare CDN https://unpkg.com/aos@2.3.1/dist/aos.css
US	Google Ireland Limited	Google Analytics https://region1.google-analytics.com/gcollect?v=2&tid=G-5B9CD73C8R&gtm=2oe9q0&p=1504670904&cid=1855430335.1664458288&ul=en-us&sr=800x600&uaa=&uab=&uafvl=&uamb=0&uam=&uap=&uapv=&uaw=0&z=ccd.v9B&s=2&sid=1664458287&sct=1&seg=1&dl=https%3A%2F%2Fwww.fairway-asset.com%2Fweekly-thoughts%2Ffly-me-to-the-moon&dt=Fly%20Me%20to%20the%20Moon%20-%20Weekly%20Thoughts%20-%20Fairway%20Asset%20Management&en=user_engagement&_et=23019
US	Google Ireland Limited	Google CDN https://www.gstatic.com/recaptcha/releases/ovmhLiigaw4D9ujHYHCKhP/recaptcha_en.js
US	Google Ireland Limited	Google Fonts https://fonts.gstatic.com/s/roboto/v18/KFOmCnqEu92Fr1Mu4mxK.woff2
US	Google Ireland Limited	Google Tag Manager https://www.googletagmanager.com/gtag/js?id=G-5B9CD73C8R&l=dataLayer&cx=c
US	Google Ireland Limited	Google reCAPTCHA https://www.google.com/recaptcha/api.js?render=6Lchoz4aAAAAAGMSgmz8yhjQRuCXnOKJ6i-k1Ilt
US	jQuery	jQuery CDN https://code.jquery.com/ui/1.12.1/jquery-ui.min.js



Handlungsbedarf

- **Analysetools abschalten**
- **Neue Datenschutzbestimmungen (DSB) verfassen,**
 - **Transparenz- und Koppelungsverbot sicherstellen,**
 - **Widerruf einbinden und**
 - **AUSDRÜCKLICHES EINVERSTÄNDNIS via clickwrapping (z.T. schon auf der Eintrittsseite) abholen und speichern.**

Schweizerisches Datenschutzgesetz (nDSG)

Bundesdatenschutzgesetz nDSG

- Bundesbehörden
- Private Unternehmen
- Bundesbeauftragte UN

26 kantonale Datenschutzgesetze

- Kantonale Verwaltungen
- Gemeinden
- Kantonale/kommunale Leistungserbringer
(Spitäler, Gebäudeversicherungen etc.)

Umsetzung in der CH

Bundesgesetz über den Datenschutz (Datenschutzgesetz, DSG)

235.1

vom 25. September 2020 (Stand am 1. September 2023)

- Vernehmlassung zum Gesetzesentwurf lief bis 4. April 2017
- Botschaft des Bundesrates an das Parlament am 15.9.2017
- Behandlung im Nationalrat und Ständerat: Beginn 12.6.2018 NR
- **Parlament hat nDSG am 25.9.2020 verabschiedet**
- Bundesrat hat die Verordnung zum neuen Datenschutzgesetz am 23.6.2021 in Vernehmlassung geschickt. Wurde in der Zwischenzeit überarbeitet und publiziert.
- Der Bundesrat hat Datenschutzgesetz, Verordnung zum Datenschutzgesetz und eine Zertifizierungs-Verordnung am 31.8.2022 **in Kraft gesetzt auf den 1.9.2023**
- <https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-90134.html>

Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft

101

vom 18. April 1999 (Stand am 3. März 2013)

Art. 13 Schutz der Privatsphäre

¹ Jede Person hat Anspruch auf Achtung ihres Privat- und Familienlebens, ihrer Wohnung sowie ihres Brief-, Post- und Fernmeldeverkehrs.

² Jede Person hat Anspruch auf Schutz vor Missbrauch ihrer persönlichen Daten.

vom 10. Dezember 1907 (Stand am I. Juli 2013)

Art. 28³⁰

II. Gegen
Verletzungen
1. Grundsatz

¹ Wer in seiner Persönlichkeit widerrechtlich verletzt wird, kann zu seinem Schutz gegen jeden, der an der Verletzung mitwirkt, das Gericht anrufen.

² Eine Verletzung ist widerrechtlich, wenn sie nicht durch Einwilligung des Verletzten, durch ein überwiegendes privates oder öffentliches Interesse oder durch Gesetz gerechtfertigt ist.

Zivilrechtliches Klageverfahren vor Bezirks-, Kantons- und Bundesgericht nach ZGB

Personendaten

vom 25. September 2020 (Stand am 1. September 2023)

2. Kapitel: Allgemeine Bestimmungen

1. Abschnitt: Begriffe und Grundsätze

Art. 5 Begriffe

In diesem Gesetz bedeuten:

a. *Personendaten*: alle Angaben, die sich auf eine bestimmte oder bestimmbare natürliche Person beziehen;

c. *besonders schützenswerte Personendaten*:

1. Daten über religiöse, weltanschauliche, politische oder gewerkschaftliche Ansichten oder Tätigkeiten,
2. Daten über die Gesundheit, die Intimsphäre oder die Zugehörigkeit zu einer Rasse oder Ethnie,
3. genetische Daten,
4. biometrische Daten, die eine natürliche Person eindeutig identifizieren,
5. Daten über verwaltungs- und strafrechtliche Verfolgungen oder Sanktionen,
6. Daten über Massnahmen der sozialen Hilfe;

Neu: Profiling-Daten

vom 25. September 2020 (Stand am 1. September 2023)

2. Kapitel: Allgemeine Bestimmungen

1. Abschnitt: Begriffe und Grundsätze

Art. 5 Begriffe

In diesem Gesetz bedeuten:

f. **Profiling:** jede Art der automatisierten Bearbeitung von Personendaten, die darin besteht, dass diese Daten verwendet werden, um bestimmte persönliche Aspekte, die sich auf eine natürliche Person beziehen, zu bewerten, insbesondere um Aspekte bezüglich Arbeitsleistung, wirtschaftlicher Lage, **Gesundheit,** persönlicher Vorlieben, Interessen, Zuverlässigkeit, Verhalten, Aufenthaltsort oder Ortswechsel dieser natürlichen Person zu analysieren oder vorherzusagen;

g. **Profiling mit hohem Risiko:** Profiling, das ein hohes Risiko für die Persönlichkeit oder die Grundrechte der betroffenen Person mit sich bringt, indem es zu einer Verknüpfung von Daten führt, die eine Beurteilung wesentlicher Aspekte der Persönlichkeit einer natürlichen Person erlaubt;

Bearbeitung

Bearbeiten von Personendaten

- d. *Bearbeiten*: jeder Umgang mit Personendaten, unabhängig von den angewandten Mitteln und Verfahren, insbesondere das Beschaffen, Speichern, Aufbewahren, Verwenden, Verändern, Bekanntgeben, Archivieren, Löschen oder Vernichten von Daten;

Verantwortlicher

2. Kapitel: Allgemeine Bestimmungen

1. Abschnitt: Begriffe und Grundsätze

Art. 5 Begriffe

In diesem Gesetz bedeuten:

- j. **Verantwortlicher**, private Person oder Bundesorgan, die oder das allein oder zusammen mit anderen über den Zweck und die Mittel der Bearbeitung entscheidet;

Art. 6 Grundsätze

⁵ Wer Personendaten bearbeitet, muss sich über deren Richtigkeit vergewissern. Sie oder er muss alle angemessenen Massnahmen treffen, damit die Daten berichtigt, gelöscht oder vernichtet werden, die im Hinblick auf den Zweck ihrer Beschaffung oder Bearbeitung unrichtig oder unvollständig sind. Die Angemessenheit der Mass-

Treuepflichten des Arbeitnehmers auch bezüglich Datenschutz und Datensicherheit

Art. 321a

II. Sorgfalts- und Treuepflicht

¹ Der Arbeitnehmer hat die ihm übertragene Arbeit sorgfältig auszuführen und die berechtigten Interessen des Arbeitgebers in guten Treuen zu wahren.

² Er hat Maschinen, Arbeitsgeräte, technische Einrichtungen und Anlagen sowie Fahrzeuge des Arbeitgebers fachgerecht zu bedienen und diese sowie Material, die ihm zur Ausführung der Arbeit zur Verfügung gestellt werden, sorgfältig zu behandeln.

³ Während der Dauer des Arbeitsverhältnisses darf der Arbeitnehmer keine Arbeit gegen Entgelt für einen Dritten leisten, soweit er dadurch seine Treuepflicht verletzt, insbesondere den Arbeitgeber konkurrenziert.

⁴ Der Arbeitnehmer darf geheim zu haltende Tatsachen, wie namentlich Fabrikations- und Geschäftsgeheimnisse, von denen er im Dienst des Arbeitgebers Kenntnis erlangt, während des Arbeitsverhältnisses nicht verwerten oder anderen mitteilen; auch nach dessen Beendigung bleibt er zur Verschwiegenheit verpflichtet, soweit es zur Wahrung der berechtigten Interessen des Arbeitgebers erforderlich ist.

Aus- und Weiterbildung der Arbeitnehmenden

Art. 10 Datenschutzberaterin oder -berater

¹ Private Verantwortliche können eine Datenschutzberaterin oder einen Datenschutzberater ernennen.

² Die Datenschutzberaterin oder der Datenschutzberater ist Anlaufstelle für die betroffenen Personen und für die Behörden, die in der Schweiz für den Datenschutz zuständig sind. Sie oder er hat namentlich folgende Aufgaben:

- a. Schulung und Beratung des privaten Verantwortlichen in Fragen des Datenschutzes;
- b. Mitwirkung bei der Anwendung der Datenschutzvorschriften.

Datenschutz	Öffentlichkeitsprinzip	Der EDÖB	
-------------	------------------------	----------	--

[Startseite](#) > [Datenschutz](#) > [Arbeit & Wirtschaft](#) > [Datenbearbeitung durch den Arbeitgeber](#) > [Verschiedene Phasen des Arbeitsverhältnisses](#)

Verschiedene Phasen des Arbeitsverhältnisses

Welche Daten dürfen Arbeitgeber bearbeiten?
Wie müssen sie vorgehen?

Rechtsgrundlagen

[Obligationenrecht \(OR\)](#)

[Arbeitsvermittlungsgesetz \(AVG\)](#)

[Arbeitsvermittlungsverordnung \(AVO\)](#)

In Arbeitsverhältnissen, die dem Privatrecht unterliegen, müssen Arbeitgeber in den verschiedenen Phasen des Arbeitsverhältnisses viele Personendaten von Angestellten bearbeiten, darunter auch besonders schützenswerte Daten und Arbeitnehmerprofile. Sie sind jedoch gleichzeitig verpflichtet, die Persönlichkeit ihrer Angestellten zu schützen und zu achten.

Während des Auswahlverfahrens (Bewerbungsunterlagen und Vorstellungsgespräch)

Arbeitgeber dürfen Daten von Bewerberinnen und Bewerbern bearbeiten, um herauszufinden, ob sie für eine bestimmte Stelle geeignet sind.

Bewerbungsunterlagen und Vorstellungsgespräch

Arbeitgeber dürfen von Bewerberinnen und Bewerbern nur jene Angaben verlangen, die zeigen, ob sie zum Unternehmen passen und die Anforderungen einer Stelle erfüllen. Es dürfen also nur Unterlagen und Auskünfte eingefordert werden, die darauf abzielen, die Fähigkeit von

https://www.edoeb.admin.ch/edoeb/de/home/datenschutz/arbeit_wirtschaft/datenbearbeitung-arbeitgeber/datenbearbeitung_arbeitgeber_phasen.html

Auftragsbearbeiter

**Bundesgesetz
über den Datenschutz**
(Datenschutzgesetz, DSG)

2. Kapitel: Allgemeine Bestimmungen
1. Abschnitt: Begriffe und Grundsätze

Art. 5 Begriffe

In diesem Gesetz bedeuten:

k. *Auftragsbearbeiter*: private Person oder Bundesorgan, die oder das im Auftrag des Verantwortlichen Personendaten bearbeitet.

Auslagerung der Datenbearbeitung (inkl. Cloud-Computing)

Art. 9 **Bearbeitung durch Auftragsbearbeiter**

¹ Die Bearbeitung von Personendaten kann vertraglich oder durch die Gesetzgebung einem Auftragsbearbeiter übertragen werden, wenn:

- a. die Daten so bearbeitet werden, wie der Verantwortliche selbst es tun dürfte; und
- b. keine gesetzliche oder vertragliche Geheimhaltungspflicht die Übertragung verbietet.

² Der Verantwortliche muss sich insbesondere vergewissern, dass der Auftragsbearbeiter in der Lage ist, die Datensicherheit zu gewährleisten.

³ Der Auftragsbearbeiter darf die Bearbeitung nur mit vorgängiger Genehmigung des Verantwortlichen einem Dritten übertragen.

⁴ Er kann dieselben Rechtfertigungsgründe geltend machen wie der Verantwortliche.

Auftragsdatenverarbeitungsvertrag ADVV

Art. 28 (1) DSGVO / 9 nDSG

Zusammenarbeit mit Auftragsverarbeiter

Erfolgt eine **Verarbeitung im Auftrag eines Verantwortlichen**,
so arbeitet dieser **nur mit Auftragsverarbeitern** zusammen,

- die **hinreichend Garantien** dafür bieten,
- dass **geeignete technische und organisatorische Massnahmen** so durchgeführt werden,
- dass die **Verarbeitung im Einklang mit den Bestimmungen der DSGVO** erfolgt und
- der **Schutz der Rechte der Betroffenen gewährleistet** ist.

Alle Verträge mit Auftragsverarbeitern müssen überprüft und allenfalls angepasst werden.

Wer personenbezogene Daten an beizugezogene Service-Provider auslagert, muss einen Auftragsdatenverarbeitungsvertrag (ADVV) mit einem Service Level Agreement für TOM's (technische und organisatorische Massnahmen – SLA TOM) abschliessen und vorweisen können.

Auftragsdatenverarbeitungsvertrag **ADV**

Art. 28 (2 und 3a-h) DSGVO / **9 nDSG**

Zusammenarbeit mit Auftragsverarbeiter – **VERTRAG** nötig

Verantwortlicher braucht (**neue**) **Verträge** (ausdrücklich in Art. 28 Abs. 3 DSGVO) mit **Auftragsverarbeiter**, welche

- im Detail die aus der Datenschutz-Folgeabschätzung abgeleiteten organisatorischen oder technischen **Massnahmen vertraglich überbinden**,
- **Selber notwendige und aktuelle Massnahmen sicherstellt**,
- Gegenstand und Dauer der Verarbeitung regelt (3),
- Art und Zweck der Verarbeitung regelt (3),
- Nur auf dokumentierte Weisung verarbeitet (3a),
- Bearbeitende Personen zur Vertraulichkeit verpflichtet werden (3b),
- Art der personenbezogenen Daten festlegt (3),
- Kategorien betroffener Personen festlegt (3),
- die **Rechte und Pflichten des Auftragsverarbeiters** dafür **statuiert**,
- die **Service Levels** für die Massnahmen **definiert**,
- die **Gewährleistung** des Auftragsverarbeiters **festlegt**,
- die **Informationspflichten** bei Verletzungen regelt,
- die **Haftung** des Auftragsverarbeiters **definiert**,
- ein **jederzeitiges Auditrecht** (Kontrollrecht bez. Einhaltung der vertraglichen Auflagen) **sicherstellt**.

Ausdrückliche Einwilligung

Zulässigkeit der Bearbeitung von Personendaten

Informationspflicht

Art. 31 Rechtfertigungsgründe

¹ Eine Persönlichkeitsverletzung ist widerrechtlich, wenn sie nicht durch Einwilligung der betroffenen Person, durch ein überwiegendes privates oder öffentliches Interesse oder durch Gesetz gerechtfertigt ist.

² Ein überwiegendes Interesse des Verantwortlichen fällt insbesondere in folgenden Fällen in Betracht:

- a. Der Verantwortliche bearbeitet die Personendaten über die Vertragspartnerin oder den Vertragspartner in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Abschluss oder der Abwicklung eines Vertrags.

- Gesetzliche Grundlage
- Ausdrückliche Einwilligung
- Überwiegendes öffentliches Interesse
- Überwiegendes privates Interesse -> Abschluss oder Abwicklung Vertrag

**Bundesgesetz
über den Datenschutz
(Datenschutzgesetz, DSG)**

Art. 4 §11 DSGVO / Art. 6 Abs. 6 nDSG

vom 25. September 2020

Art. 6 Grundsätze

⁶ Ist die Einwilligung der betroffenen Person erforderlich, so ist diese Einwilligung nur gültig, wenn sie für eine oder mehrere bestimmte Bearbeitungen nach angemessener Information freiwillig erteilt wird.

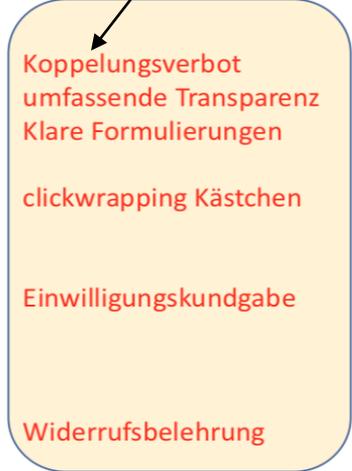
⁷ Die Einwilligung muss ausdrücklich erfolgen für:

- a. die Bearbeitung von besonders schützenswerten Personendaten;
- b. ein Profiling mit hohem Risiko durch eine private Person; oder
- c. ein Profiling durch ein Bundesorgan.

Ausdrückliche Einwilligung

Art. 4 § 11 DSGVO / Art. 6 Abs. 6 nDSG

- **Ausdrückliche Einwilligung** ist
 - jede **freiwillig** für den bestimmten Fall,
 - in **informierter** Weise und
 - **unmissverständlich** abgegebene Willensbekundung
 - in Form einer Erklärung oder einer sonstigen eindeutigen bestätigenden **Handlung**,
 - mit der die betroffene Person zu verstehen gibt, dass sie mit der Verarbeitung der sie betreffenden personenbezogenen Daten **einverstanden** ist.
 - Die ausdrückliche Einwilligung ist **jederzeit widerrufbar** (Betroffenenrechte → eingeschränkte Nutzung → Anspruch auf Löschung meiner gespeicherten und verarbeiteten personenbezogenen Daten).



Koppelungsverbot
umfassende Transparenz
Klare Formulierungen

clickwrapping Kästchen

Einwilligungskundgabe

Widerrufsbelehrung



Wir sind für Sie da! Unsere Hilti Stores sind bundesweit für Sie geöffnet **Mehr >**

NEUPRODUKTE & INNOVATIONEN

Entdecken Sie unsere neuesten Hilti Produktinnovationen

Zu den Neuprodukten >



PROFITIEREN SIE VON PERSONALISIERTEN WEBANGEBOTEN - DURCH DEN GEZIELTEN EINSATZ VON COOKIES

Mit Ihrer Erlaubnis nutzt Hilti Cookies, um die Verwendung unsere Webseiten/Apps einfacher und komfortabler für Sie zu machen.

COOKIE-EINSTELLUNGEN ANNEHMEN

WÄHLEN SIE IHRE INDIVIDUELLEN COOKIE-EINSTELLUNGEN

ANMELDEN / WARENKORB [0]

IHRE COOKIE-EINSTELLUNGEN

Mit Hilfe von Cookies können wir speziell für Sie ausgewählte Inhalte auf unseren Webseiten/Apps bereitstellen.
Mehr erfahren >

Performance Cookies

Performance Cookies helfen uns zu verstehen, wie Sie unsere Webseiten und Apps verwenden. Wir nutzen diese Erkenntnisse, um das Verwenden unserer Webangebote für Sie noch einfacher und komfortabler zu gestalten.

Individualisierte ID 
 Pseudonymisierte ID 
 Anonymisierte Cookies 

Marketing Cookies

Marketing Cookies ermöglichen es uns, für Sie passende Anzeigen auf von Ihnen verwendeten Webseiten und Apps anzuzeigen. In der Regel werden Sie dort auch dann Anzeigen eingeblendet sehen, wenn Sie Marketing Cookies nicht erlauben. In diesem Fall sind die Anzeigen nur allgemeiner Natur. Sie weisen nicht gezielt auf für Sie relevante Angebote hin.

Ja Nein

Social Media Cookies

Mit Social Media Cookies ermöglichen Sie uns, für Sie passende Hilti Angebote in Ihren bevorzugten sozialen Netzwerken anzuzeigen. In der Regel werden Sie dort auch dann Anzeigen eingeblendet sehen, wenn Sie Social Media Cookies nicht erlauben. In diesem Fall sind die Anzeigen nur allgemeiner Natur. Sie weisen nicht gezielt auf für Sie relevante Angebote hin.

Ja Nein

SPEICHERN & WEITER

EuGH-Urteil vom 1.10.2019 – Az. C-673/17 (2)



Rechtsanwälte
ATTORNEYS @ LAW

FSDZ Rechtsanwälte & Notariat AG

Zugerstrasse 76b | 6340 Baar | Tel. +41 41 727 60 80 | Fax +41 41 727 60 85 | E-Mail sekretariat@fsdz.ch

Impressum Datenschutzbestimmungen

[Profil](#) [Kompetenzen](#) [Team](#) [Aktuell](#) [Publikationen](#) [Referenzen](#) [Kontakt](#)

[« Zurück zur Übersicht](#)

Voreingestellte Einwilligung in Cookies ist unzulässig

Verfasst am 01.10.2019

Der EuGH hat mit einem Urteil entschieden, dass die voreingestellte Einwilligung in Cookies unzulässig ist. Die Internetnutzer müssen demzufolge beim Besuch von Webseiten dem Setzen der Cookies aktiv zustimmen.

[Weiterlesen](#)



Jetzt anrufen 041 727 60 80
oder E-Mail schreiben

FSDZ Rechtsanwälte & Notariat AG

Zugerstrasse 76b
6340 Baar
Telefon +41 41 727 60 80
Fax +41 41 727 60 85
sekretariat@fsdz.ch
[Karte Google Maps](#)

Informationspflichten

3. Kapitel: Pflichten des Verantwortlichen und des Auftragsbearbeiters

Art. 19 Informationspflicht bei der Beschaffung von Personendaten

¹ Der Verantwortliche informiert die betroffene Person angemessen über die Beschaffung von Personendaten; diese Informationspflicht gilt auch, wenn die Daten nicht bei der betroffenen Person beschafft werden.

² Er teilt der betroffenen Person bei der Beschaffung diejenigen Informationen mit, die erforderlich sind, damit sie ihre Rechte nach diesem Gesetz geltend machen kann und eine transparente Datenbearbeitung gewährleistet ist; er teilt ihr mindestens mit:

- a. die Identität und die Kontaktdaten des Verantwortlichen;
- b. den Bearbeitungszweck;
- c. gegebenenfalls die Empfängerinnen und Empfänger oder die Kategorien von Empfängerinnen und Empfängern, denen Personendaten bekanntgegeben werden.

Anpassung aller Datenschutzbestimmungen auf Webseiten erforderlich

Informationspflichten bei automatisierten Entscheidungen



Bundesgesetz über den Datenschutz (Datenschutzgesetz, DSG)

vom 25. September 2020

Art. 21 Informationspflicht bei einer automatisierten Einzelentscheidung

¹ Der Verantwortliche informiert die betroffene Person über eine Entscheidung, die ausschliesslich auf einer automatisierten Bearbeitung beruht und die für sie mit einer Rechtsfolge verbunden ist oder sie erheblich beeinträchtigt (automatisierte Einzelentscheidung).

² Er gibt der betroffenen Person auf Antrag die Möglichkeit, ihren Standpunkt darzulegen. Die betroffene Person kann verlangen, dass die automatisierte Einzelentscheidung von einer natürlichen Person überprüft wird.

³ Die Absätze 1 und 2 gelten nicht, wenn:

- a. die automatisierte Einzelentscheidung in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Abschluss oder der Abwicklung eines Vertrags zwischen dem Verantwortlichen und der betroffenen Person steht und ihrem Begehren stattgegeben wird; oder
- b. die betroffene Person ausdrücklich eingewilligt hat, dass die Entscheidung automatisiert erfolgt.

Bearbeitungsverzeichnis

Art. 12 Verzeichnis der Bearbeitungstätigkeiten

¹ Die Verantwortlichen und Auftragsbearbeiter führen je ein Verzeichnis ihrer Bearbeitungstätigkeiten.

² Das Verzeichnis des Verantwortlichen enthält mindestens:

- a. die Identität des Verantwortlichen;
- b. den Bearbeitungszweck;
- c. eine Beschreibung der Kategorien betroffener Personen und der Kategorien bearbeiteter Personendaten;
- d. die Kategorien der Empfängerinnen und Empfänger;
- e. wenn möglich die Aufbewahrungsdauer der Personendaten oder die Kriterien zur Festlegung dieser Dauer;
- f. wenn möglich eine allgemeine Beschreibung der Massnahmen zur Gewährleistung der Datensicherheit nach Artikel 8;
- g. falls die Daten ins Ausland bekanntgegeben werden, die Angabe des Staates sowie die Garantien nach Artikel 16 Absatz 2.



Ablauf der Referendumsfrist: 14. Januar 2021

Bundesgesetz über den Datenschutz (Datenschutzgesetz, DSG)

vom 25. September 2020

Art. 12 Abs. 5 nDSG

⁵ Der Bundesrat sieht Ausnahmen für Unternehmen vor, die weniger als 250 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigen **und** deren Datenbearbeitung ein geringes Risiko von Verletzungen der Persönlichkeit der betroffenen Personen mit sich bringt.

Im Bereich HRM dürfte diese Ausnahmebestimmung **NIE** zum Tragen kommen. Also braucht es im Unternehmen diesbezüglich (Mitarbeiterdaten) immer ein **Bearbeitungsverzeichnis**.

Datenschutz-Folgenabschätzung (DSFA) nach n-DSG

Art. 22 Datenschutz-Folgenabschätzung

¹ Der Verantwortliche erstellt vorgängig eine Datenschutz-Folgenabschätzung, wenn eine Bearbeitung ein hohes Risiko für die Persönlichkeit oder die Grundrechte der betroffenen Person mit sich bringen kann. Sind mehrere ähnliche Bearbeitungsvorgänge geplant, so kann eine gemeinsame Abschätzung erstellt werden.

² Das hohe Risiko ergibt sich, insbesondere bei Verwendung neuer Technologien, aus der Art, dem Umfang, den Umständen und dem Zweck der Bearbeitung. Es liegt namentlich vor:

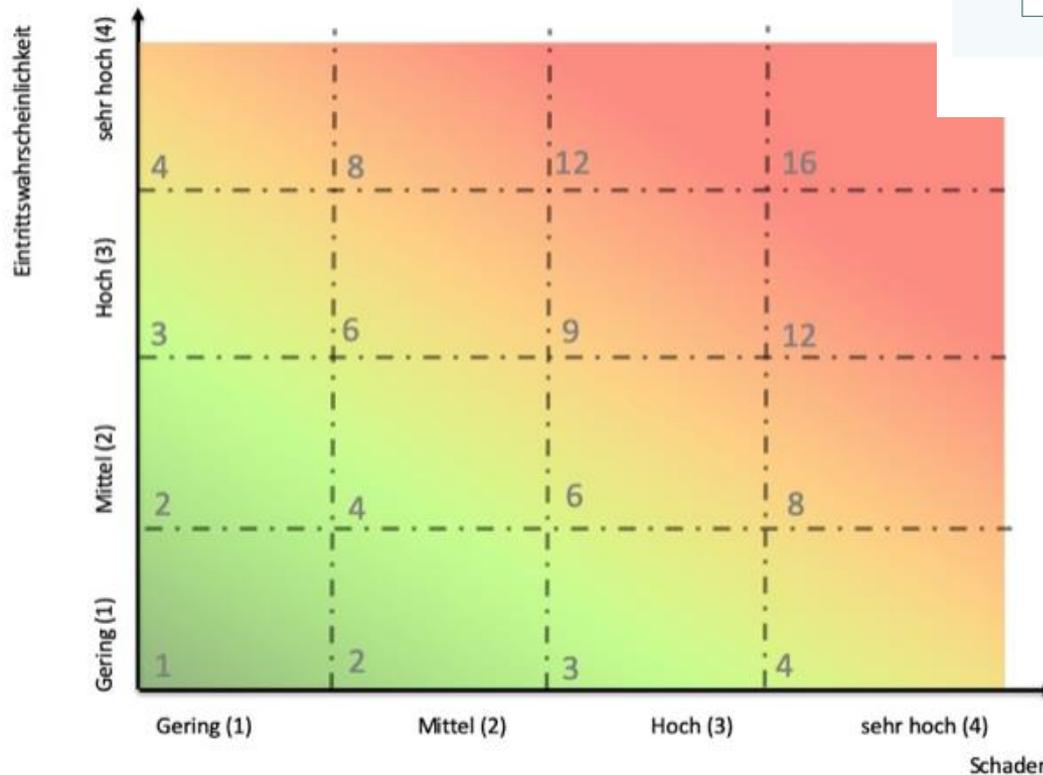
- a. bei der umfangreichen Bearbeitung besonders schützenswerter Personendaten;
- b. wenn systematisch umfangreiche öffentliche Bereiche überwacht werden.

³ Die Datenschutz-Folgenabschätzung enthält eine Beschreibung der geplanten Bearbeitung, eine Bewertung der Risiken für die Persönlichkeit oder die Grundrechte der betroffenen Person sowie die Massnahmen zum Schutz der Persönlichkeit und der Grundrechte.

Datenschutz-Folgenabschätzung nach nDSG-CH

Beispiel

Risikomatrix



— NORM [AKTUELL]

ISO/IEC 27005:2018-07

Informationstechnik - IT-Sicherheitsverfahren -
Informationssicherheits-Risikomanagement

Englischer Titel:
Information technology - Security techniques - Information security risk
management

Ausgabedatum:
2018-07

Originalsprachen:
Englisch

Meldepflichten

Data Breach Notifications (nDSG)

Meldung und Benachrichtigung nach nDSG

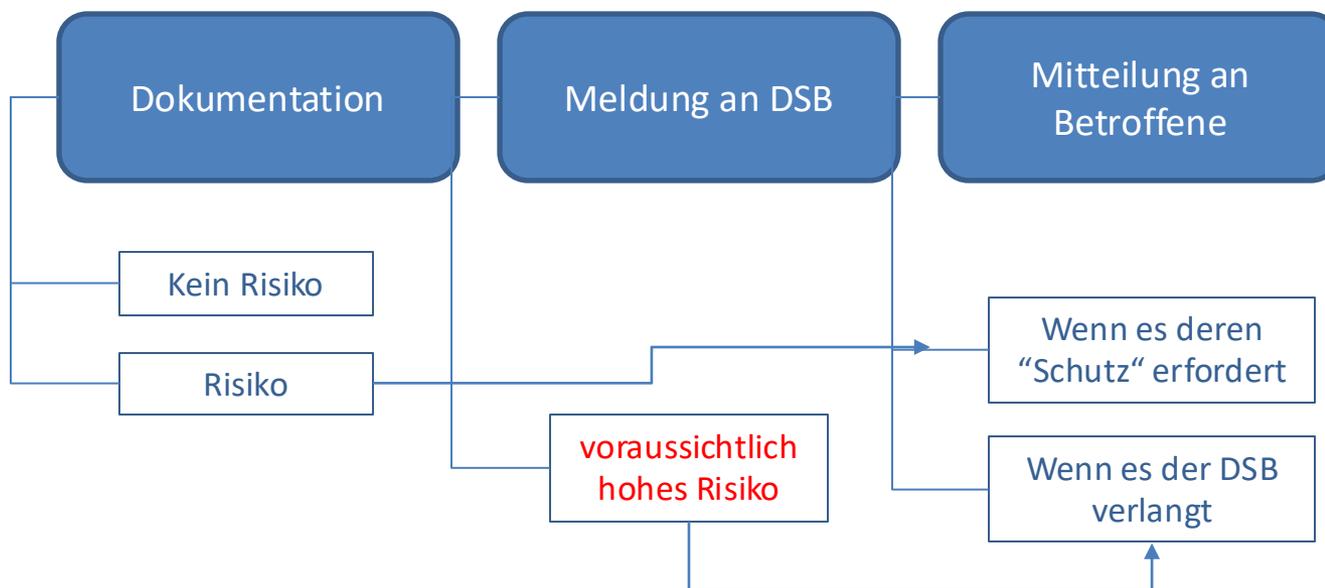
Art. 24 Meldung von Verletzungen der Datensicherheit

1 Der Verantwortliche meldet dem EDÖB so rasch als möglich eine Verletzung der Datensicherheit, die voraussichtlich zu einem hohen Risiko für die Persönlichkeit oder die Grundrechte der betroffenen Person führt.

3 Der Auftragsbearbeiter meldet dem Verantwortlichen so rasch als möglich eine Verletzung der Datensicherheit.

4 Der Verantwortliche informiert die betroffene Person, wenn es zu ihrem Schutz erforderlich ist oder der EDÖB es verlangt.

Meldung und Benachrichtigung nach nDSG

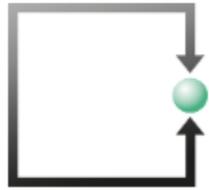


Sanktionen der DSGVO

Sanktionen nach DSGVO

Aufsichtsbehörden in EU-Ländern

- **Direktes Sanktionierungsrecht** gegenüber UN (Art. 58 § 2)
- Katalog von Sanktionen (DSGVO)
 - Mahnung
 - **Verwarnung**
 - **Förmliche Bekanntmachung** der UN und des Verstosses
 - **Vorübergehende Beschränkung** der Datenbearbeitung
 - **Dauerhafte Beschränkung** der Datenbearbeitung
 - **Geldbussen** von bis zu € 20 Mio oder 4% des weltweiten Jahresumsatzes
 - Weitergehender Schaden (Schadenersatz und Zinsen) aus einem Gerichtsverfahren bleibt zusätzlich vorbehalten.



Rechtsanwälte
ATTORNEYS @ LAW

FSDZ Rechtsanwälte & Notariat AG

Zugerstrasse 76b | 6340 Baar | Tel. +41 41 727 60 80 | E-Mail sekretariat@

[i Impressum](#) [🛡️ Datenschutzbestimmungen](#)

[Profil](#) [Kompetenzen](#) [Team](#) [Aktuell](#) [Publikationen](#) [Referenzen](#) [Kontakt](#)

[« Zurück zur Übersicht](#)

IRLAND: Busse von € 345 Mio. gegen TikTok - Verletzung der Informationspflicht und unzureichende TOMs betr. Kinder

Verfasst am 18.09.2023

Die Irischen Datenschutzbehörde hat am 1.9.2023 – nach Konsultation verschiedener weiter involvierten Datenschutzbehörden anderer Länder – und nach Einschaltung und Entscheid der EDSA nach Artikel 65 Abs. 1 lit. a DSGVO – gegenüber TikTok eine Busse von EUR 345 Mio verhängt. Es lagen folgende Verstösse gegen die DSGVO vor:

- Inhalte waren auch für Kinder standardmässig auf “öffentlich” gesetzt
- Mit einer sog. “Familienverknüpfung” konnten Dritte – bspw. Eltern – ihr Konto mit jenem des Kindes verbinden.
- Das Risiko, dass Kinder unter 13 dennoch Zugang zur Plattform erhielten, war nie strukturiert eingeschätzt worden. Eine Datenschutz-Folgenabschätzung lag zwar vor, aber dieses Risiko war ausser Acht gelassen worden.
- TikTok hatte die Informationspflicht verletzt. Dass bei einer «öffentlichen Kontoeinstellung» Dritte, die nicht TikTok-Benutzer waren, Inhalte einsehen konnten, wurde nicht mitgeteilt.

Auch CH-Unternehmen betroffen

Informationspflichten aufmerksam wurde und Beschwerde einreichte. Aufgrund der Beschwerde verpflichtete die österreichische Datenschutzbehörde das Schweizer Unternehmen zur nachträglichen Information des Beschwerdeführers und zur Vervollständigung der Information in Ihrer Datenschutzerklärung innert vier Wochen.

Schweizer Hotelbuchungsplattform verletzt die DSGVO-Informationspflicht in Österreich

DIENSTAG, 26. NOVEMBER 2019

Die österreichische Datenschutzbehörde verpflichtet in ihrem Entscheid eine Online-Hotelbuchungsplattform mit Sitz in der Schweiz zur Einhaltung der DSGVO-Informationspflicht. Das Schweizer Unternehmen war den Informationspflichten nur unvollständig nachgekommen und hatte es zudem unterlassen, einen Unionsvertreter zu benennen. Die Anwendbarkeit der DSGVO

Sanktionen nach DSGVO

ARTIKEL-29-DATENSCHUTZGRUPPE



17/DE

WP 253

**Leitlinien für die Anwendung und Festsetzung von Geldbußen im Sinne der
Verordnung (EU) 2016/679**

angenommen am 3. Oktober 2017

https://www.datenschutzkonferenz-online.de/media/wp/20171003_wp253.pdf

Sanktionen im Schweizerischen Bundes-Datenschutzgesetz (inkl. kantonale DSG)

8. Kapitel: Strafbestimmungen

Art. 60

Verletzung von Informations-, Auskunfts- und Mitwirkungspflichten

¹ Mit Busse bis zu 250 000 Franken werden private Personen auf Antrag bestraft:

- a. die ihre Pflichten nach den Artikeln 19, 21 und 25–27 verletzen, indem sie vorsätzlich eine falsche oder unvollständige Auskunft erteilen;
- b. die es vorsätzlich unterlassen:
 1. die betroffene Person nach den Artikeln 19 Absatz 1 und 21 Absatz 1 zu informieren, oder
 2. ihr die Angaben nach Artikel 19 Absatz 2 zu liefern.

² Mit Busse bis zu 250 000 Franken werden private Personen bestraft, die unter Verstoß gegen Artikel 49 Absatz 3 dem EDOB im Rahmen einer Untersuchung vorsätzlich falsche Auskünfte erteilen oder vorsätzlich die Mitwirkung verweigern.

vom 25. September 2020 (Stand am 1. September 2023)

Art. 61 Verletzung von Sorgfaltspflichten

Mit Busse bis zu 250 000 Franken werden **private Personen** auf Antrag bestraft, die vorsätzlich:

- a. unter Verstoss gegen Artikel 16 Absätze 1 und 2 und ohne dass die Voraussetzungen nach Artikel 17 erfüllt sind, Personendaten ins Ausland bekanntgeben;
- b. die Datenbearbeitung einem Auftragsbearbeiter übergeben, ohne dass die Voraussetzungen nach Artikel 9 Absätze 1 und 2 erfüllt sind;
- c. die Mindestanforderungen an die Datensicherheit, die der Bundesrat nach Artikel 8 Absatz 3 erlassen hat, nicht einhalten.

vom 25. September 2020 (Stand am 1. September 2023)

Art. 62 Verletzung der beruflichen Schweigepflicht

1 Wer geheime Personendaten vorsätzlich offenbart, von denen sie oder er bei der Ausübung ihres oder seines Berufes, der die Kenntnis solcher Daten erfordert, Kenntnis erlangt hat, **wird auf Antrag mit Busse bis zu 250 000 Franken bestraft.**

2 Gleich wird bestraft, **wer** vorsätzlich geheime Personendaten offenbart, von denen sie oder er bei der Tätigkeit für eine geheimhaltungspflichtige Person oder während der Ausbildung bei dieser Kenntnis erlangt hat.

3 Das Offenbaren geheimer Personendaten ist auch nach Beendigung der Berufsausübung oder der Ausbildung strafbar.

vom 25. September 2020 (Stand am 1. September 2023)

Art. 63 Missachten von Verfügungen

Mit Busse bis zu 250 000 Franken werden **private Personen** bestraft, die einer Verfügung des EDOB oder einem Entscheid der Rechtsmittelinstanzen, die oder der unter Hinweis auf die Strafdrohung dieses Artikels ergangen ist, vorsätzlich nicht Folge leisten.

vom 25. September 2020 (Stand am 1. September 2023)

Art. 65 Zuständigkeit

¹ Die Verfolgung und die Beurteilung strafbarer Handlungen obliegen den Kantonen.

² Der EDÖB kann bei der zuständigen Strafverfolgungsbehörde Anzeige erstatten und im Verfahren die Rechte einer Privatklägerschaft wahrnehmen.

Art. 66 Verfolgungsverjährung

Die Strafverfolgung verjährt nach fünf Jahren.

Grundsätze der IT-Sicherheit im neuen Datenschutzrecht

vom 25. September 2020 (Stand am 1. September 2023)

2. Kapitel: Allgemeine Bestimmungen
1. Abschnitt: Begriffe und Grundsätze

Art. 5 Begriffe

In diesem Gesetz bedeuten:

- h. *Verletzung der Datensicherheit*: eine Verletzung der Sicherheit, die dazu führt, dass Personendaten unbeabsichtigt oder widerrechtlich verlorengehen, gelöscht, vernichtet oder verändert werden oder **Unbefugten offengelegt** oder zugänglich gemacht werden;

vom 25. September 2020 (Stand am 1. September 2023)

Art. 7 Datenschutz durch Technik und datenschutzfreundliche
Voreinstellungen

¹ Der Verantwortliche ist verpflichtet, die Datenbearbeitung technisch und organisatorisch so auszugestalten, dass die Datenschutzvorschriften eingehalten werden, insbesondere die Grundsätze nach Artikel 6. Er berücksichtigt dies ab der Planung.

² Die technischen und organisatorischen Massnahmen müssen insbesondere dem **Stand der Technik**, der **Art und dem Umfang der Datenbearbeitung** sowie dem **Risiko**, das die Bearbeitung für die Persönlichkeit oder die Grundrechte der betroffenen Personen mit sich bringt, angemessen sein.

vom 25. September 2020 (Stand am 1. September 2023)

Art. 8 Datensicherheit

¹ Der Verantwortliche und der Auftragsbearbeiter gewährleisten durch geeignete technische und organisatorische Massnahmen eine dem Risiko angemessene Datensicherheit.

² Die Massnahmen müssen es ermöglichen, Verletzungen der Datensicherheit zu vermeiden.

³ Der Bundesrat erlässt Bestimmungen über die Mindestanforderungen an die Datensicherheit.

Datenbearbeitungsvertrag mit Auftragsbearbeiter (ADV)

Interne Weisungen und Leitlinien zu KI-Einsatz im Unternehmen
(Vermeidung von Schatten-KI)

Vertrags- und Auditpflichten für Verantwortlichen

Art. 9 **Bearbeitung durch Auftragsbearbeiter**

¹ Die Bearbeitung von Personendaten kann vertraglich oder durch die Gesetzgebung einem Auftragsbearbeiter übertragen werden, wenn:

- a. die Daten so bearbeitet werden, wie der Verantwortliche selbst es tun dürfte; und
- b. keine gesetzliche oder vertragliche Geheimhaltungspflicht die Übertragung verbietet.

² Der Verantwortliche muss sich insbesondere vergewissern, dass der Auftragsbearbeiter in der Lage ist, die Datensicherheit zu gewährleisten.

³ Der Auftragsbearbeiter darf die Bearbeitung nur mit vorgängiger Genehmigung des Verantwortlichen einem Dritten übertragen.

Aktuell	Datenschutz	Öffentlichkeitsprinzip	Dokumentation	Der EDÖB	
---------	-------------	------------------------	---------------	----------	--

[Startseite](#) > [Datenschutz](#) > [Dokumentation](#) > [Leitfäden](#) > Technische und organisatorische Massnahmen

[← Dokumentation](#)

Leitfäden

Wahlen und Abstimmungen

Rechte der betroffenen Personen

Technische und organisatorische Massnahmen des Datenschutzes



 [Leitfaden zu den technischen und organisatorischen Massnahmen zum
Datenschutz \(PDF, 1 MB, 21.08.2015\)](#)

<https://www.edoeb.admin.ch/edoeb/de/home/datenschutz/dokumentation/leitfaeden/technische-und-organisatorische-massnahmen-des-datenschutzes.html>

Leitfaden zu den technischen und organisatorischen Massnahmen des Datenschutzes

August 2015



Wird auf den 1.9.2023 überarbeitet werden

Inhaltsverzeichnis

Einleitung.....	3
Begriffe	3
Daten-/Informationssicherheit.....	3
Datenschutz	3
Informationsschutz	3
Personendaten.....	4
Datensammlung	4
Zuständigkeiten	5
Gesetzliche Grundlagen	5
Technische und organisatorische Massnahmen	5
Inhalt des Leitfadens.....	6
Schwerpunkt A. Zugang zu den Daten.....	7
A.1 Sicherheit der Räumlichkeiten	8
A.2 Sicherheit der Serverräume	9
A.3 Sicherheit des Arbeitsplatzes.....	9
A.4 Identifizierung und Authentifizierung	10
A.5 Zugang zu den Daten	11
A.6 Zugang von ausserhalb der Organisation	12
Schwerpunkt B. Lebenszyklus von Daten	13
B.1 Datenerfassung	14
B.2 Protokollierung.....	14
B.3 Pseudonymisierung und Anonymisierung	15
B.4 Verschlüsselung	17
B.5 Sicherheit der Datenträger	17
B.6 Datensicherung	18
B.7 Datenvernichtung	18
B.8 Auslagerung von Arbeiten (Bearbeitung durch Dritte).....	19
B.9 Sicherheit und Schutz	19
Schwerpunkt C. Datenaustausch	21
C.1 Netzsicherheit.....	22
C.2 Verschlüsselung von Mitteilungen	22
C.3 Unterzeichnen von Mitteilungen	24
C.4 Übergabe von Datenträgern	26
C.5 Protokollierung des Datenaustauschs	26
Schwerpunkt D. Auskunftsrecht	27
D.1 Recht der betroffenen Personen.....	27
D.2 Reproduzierbarkeit der Verfahren.....	28
Hilfsmittel.....	29
Das Bearbeitungsreglement.....	29
Inhalt des Reglements.....	29
Schlussbemerkung	30

The Roadmap to Compliance

Sie müssen das neue Datenschutzrecht ab 1.9.2023 einhalten und als verantwortliche Personendatenbearbeiter dafür die notwendigen Nachweise erbringen.

Das ist eine gesetzliche Pflicht

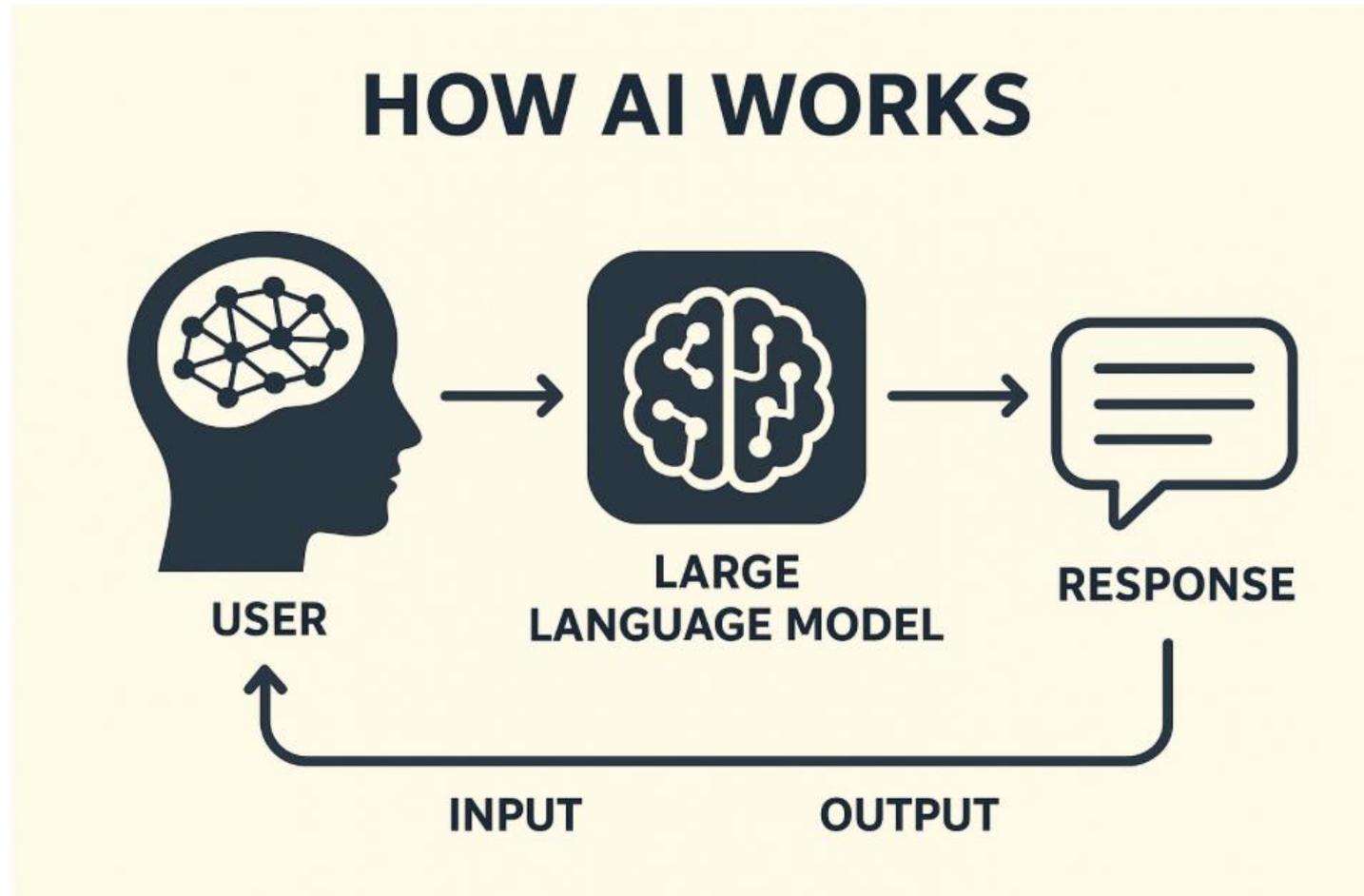
Künstliche Intelligenz im HR

Mögliche Einsatzbereiche von KI im Personalwesen

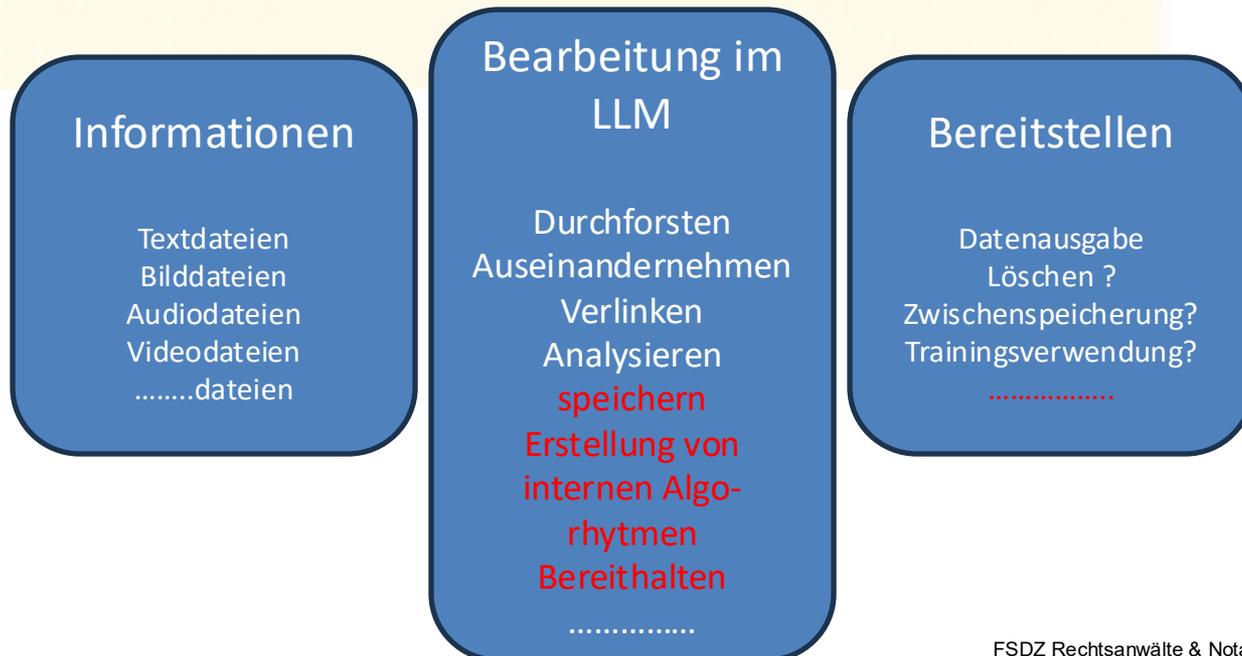
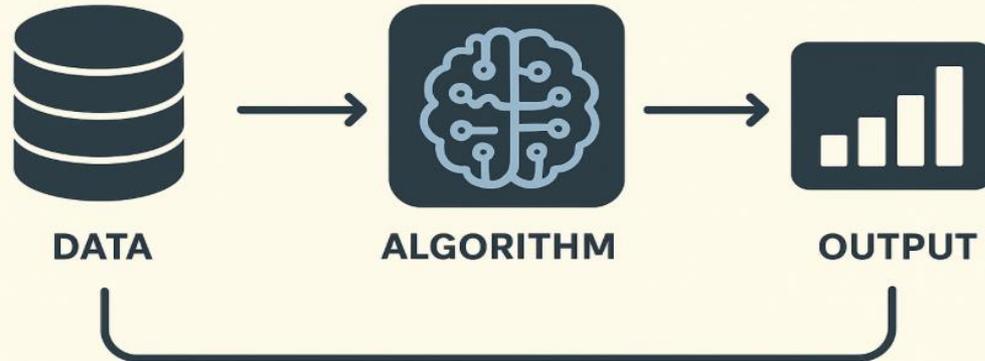
- **Recruiting / Sourcing:** Active Sourcing, Kandidatenrecherche, CV-Matching, Screening, Rankings von Bewerbern. [workday.com +1](#)
- **Kandidaten-Kommunikation & Automatisierung:** Chatbots für Fragen, Interview-Scheduling, Status-Updates. (Rund-um-die-Uhr-Antworten, weniger manueller Aufwand). [inside-it.ch](#)
- **Assessment & Video-Interviews:** Automatisierte Auswertung von Tests, Sprach-/Verhaltenssignalen (mit Vorsicht wegen Bias). [HR Today](#)
- **Onboarding & L&D:** Personalisiertes Learning, Lernpfade, Skill-Gap-Analysen, Microlearning-Empfehlungen. [workday.com](#)
- **HR-Analytics & Workforce Planning:** Fluktuations-/Retention-Vorhersagen, Kapazitätsplanung, Skills-Inventar. [workday.com](#)
- **Administrative Automatisierung:** Automatische Vertragserstellung, Dokumentenmanagement, Payroll-Vorbereitung. [workday.com](#)
- **Employee Experience / Sentiment:** Analyse von Umfragen, Chat-Logs, Identifikation von Frühwarnsignalen (Engagement, Konflikte). [workday.com](#)

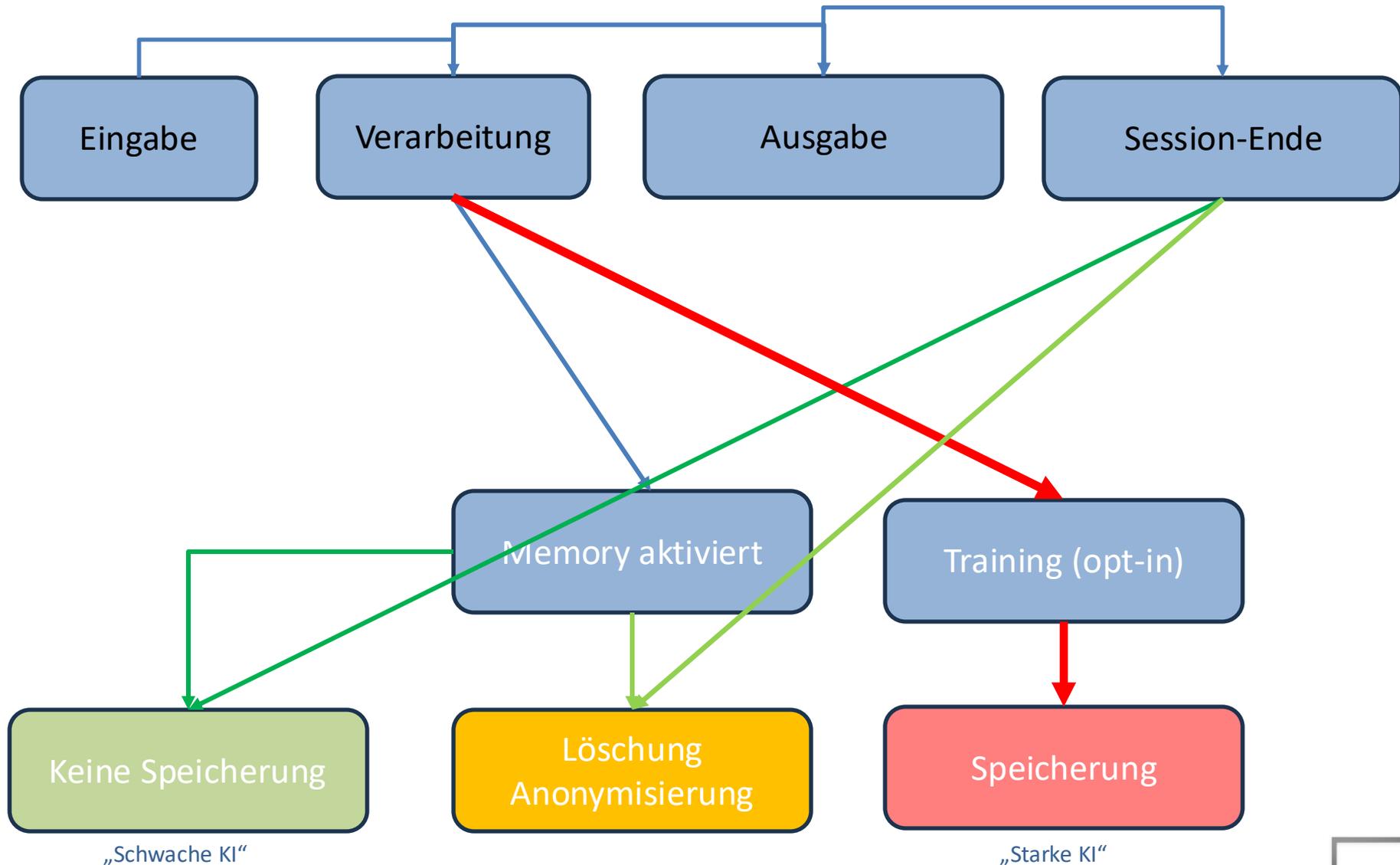
Quelle: ChatGPT-Abfrage vom 14.09.2025

KI-Aspekte aus rein datenschutzrechtlicher Sicht



TECHNICAL FUNCTIONING OF ARTIFICIAL INTELLIGENCE





KI bringt Gefahren: Denn KI-Systeme speichern Daten und verwenden sie weiter. Werden vertrauliche Daten in nicht abgesicherte Tools eingegeben, können sie weitergegeben und weiterverwendet werden. Das verstößt gegen das Datenschutzgesetz und kann zu Reputationsschäden und rechtlichen Konsequenzen führen.



8 AZR 209/21

17 Sa 37/20

Landesarbeitsgericht
Baden-Württemberg

Im Namen des Volkes!

Verkündet am
8. Mai 2025

URTEIL

BAG-Urteil: Datenschutzverstoß durch Workday-Testsystem

Auch in Deutschland geriet Workday ins Visier der Justiz. In einem Verfahren vor dem Bundesarbeitsgericht (BAG) ging es um die Frage, ob ein Arbeitgeber berechtigt war, die Daten seines Arbeitnehmers in einer Workday-Testumgebung zu verwenden.

Das Gericht kam zu einem klaren Ergebnis: Die Datenverarbeitung entbehrte jeglicher Rechtsgrundlage – also ein fundamentaler Verstoß gegen die Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO).

Die Richter betonten, dass selbst eine Betriebsvereinbarung zur Einführung des Systems keine ausreichende Rechtsgrundlage für die konkrete Verarbeitung sensibler Bewerberdaten in einem Testsystem darstellt. Die Folge: Der betroffenen Person wurde Schadensersatz nach Art. 82 DSGVO zugesprochen. Zugleich stellte das Gericht klar, dass auch Testumgebungen den vollen Anforderungen des Datenschutzrechts unterliegen.

(Quelle: <https://www.bundesarbeitsgericht.de/presse/schadenersatz-nach-datenschutz-grundverordnung-dsgvo-betriebsvereinbarung-workday/>)

KI-Aspekte aus rein datenschutzrechtlicher Sicht (4)

Rechtfertigungsgründe für die Personendatenbearbeitung (nDSG Schweiz)

Art. 31 Rechtfertigungsgründe

¹ Eine Persönlichkeitsverletzung ist widerrechtlich, wenn sie nicht durch **Einwilligung der betroffenen Person**, durch ein **überwiegendes privates oder öffentliches Interesse** oder durch Gesetz gerechtfertigt ist.

² Ein überwiegendes Interesse des Verantwortlichen fällt insbesondere in folgenden Fällen in Betracht:

- a. Der Verantwortliche bearbeitet die Personendaten über die Vertragspartnerin oder den Vertragspartner **in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Abschluss oder der Abwicklung eines Vertrags.**

Für die Bearbeitung von Personendaten auf einer KI-Plattform:

- **Einwilligung der betroffenen Person** (einzig möglicher Rechtfertigungsgrund)
- **Gesetzesgrundlage** Keine
- **Überwiegendes öffentliches Interesse** Keines
- **Überwiegendes privates Interesse** (ist das „unmittelbarer Zusammenhang“?)



MINISTERS' DEPUTIES

CM Documents

CM(2024)52-final

17 May 2024

133rd Session of the Committee of Ministers (Strasbourg, 17 May 2024)

Committee on Artificial Intelligence (CAI)

Council of Europe Framework Convention on Artificial Intelligence and Human Rights, Democracy and the Rule of Law

Preamble

The member States of the Council of Europe and the other signatories hereto,

Considering that the aim of the Council of Europe is to achieve greater unity between its members, based in particular on the respect for human rights, democracy and the rule of law;

Recognising the value of fostering co-operation between the Parties to this Convention and of extending such co-operation to other States that share the same values;

Conscious of the accelerating developments in science and technology and the profound changes brought about through activities within the lifecycle of artificial intelligence systems, which have the potential to promote human prosperity as well as individual and societal well-being, sustainable development, gender equality and the empowerment of all women and girls, as well as other important goals and interests, by enhancing progress and innovation;

Recognising that activities within the lifecycle of artificial intelligence systems may offer unprecedented opportunities to protect and promote human rights, democracy and the rule of law;

Concerned that certain activities within the lifecycle of artificial intelligence systems may undermine human dignity and individual autonomy, human rights, democracy and the rule of law;

Concerned about the risks of discrimination in digital contexts, particularly those involving artificial intelligence systems, and their potential effect of creating or aggravating inequalities, including those experienced by women and individuals in vulnerable situations, regarding the enjoyment of their human rights and their full, equal and effective participation in economic, social, cultural and political affairs;

Concerned by the misuse of artificial intelligence systems and opposing the use of such systems for repressive purposes in violation of international human rights law, including through arbitrary or unlawful surveillance and censorship practices that erode privacy and individual autonomy;

Conscious of the fact that human rights, democracy and the rule of law are inherently interwoven;

KI in der Schweiz

Die Schweiz hat Ende März 2025 die Konvention des Europarates über Künstliche Intelligenz und Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit unterzeichnet. Das bedeutet: Die Schweiz will die Europarats-Konvention ratifizieren und ins Schweizer Recht übernehmen.

Damit sollen Innovationen gefördert, aber Risiken minimiert werden. Ende 2026 wird eine Vernehmlassungsvorlage erwartet.



Schweiz unterzeichnet Europaratskonvention zu KI

Bern, 26.3.2025 - Bundesrat Albert Rösti wird am 27. März 2025 in Strassburg die Konvention des Europarats über Künstliche Intelligenz (KI) und Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit im Namen der Schweiz unterzeichnen. Mit der Unterzeichnung bekräftigt die Schweiz ihr Engagement für einen verantwortungsvollen und grundrechtskonformen Einsatz von KI-Technologien.

Die KI-Konvention des Europarats setzt verbindliche Standards für Transparenz und Nichtdiskriminierung im Bereich der Künstlichen Intelligenz. Der Bundesrat hatte bereits am 12. Februar 2025 beschlossen, die Konvention zu ratifizieren und die erforderlichen Anpassungen im Schweizer Recht vorzunehmen.

Mit der Unterzeichnung in Strassburg setzt die Schweiz ein Zeichen für die internationale Zusammenarbeit im Bereich der KI-Regulierung. Die 2024 unter prägender Mitarbeit der Schweiz verabschiedete Konvention trägt dazu bei, klare rechtliche Rahmenbedingungen zu schaffen, welche die Innovationsfähigkeit fördern und zugleich den Schutz der Grundrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit sicherstellen.

Weiteres Vorgehen

Nach der Unterzeichnung wird die Schweiz die notwendigen Gesetzesanpassungen vorbereiten. Das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) wurde in Zusammenarbeit mit dem Eidgenössischen Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK) und dem Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) mit der Erarbeitung einer Vernehmlassungsvorlage beauftragt, die bis Ende 2026 vorliegen soll.

Ebenfalls wurde das UVEK damit beauftragt, bis Ende 2026 einen Umsetzungsplan für rechtlich nicht-verbindliche Massnahmen zur Umsetzung der Konvention auszuarbeiten.





2024/1689

12.7.2024

VERORDNUNG (EU) 2024/1689 DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES

vom 13. Juni 2024

zur Festlegung harmonisierter Vorschriften für künstliche Intelligenz und zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 300/2008, (EU) Nr. 167/2013, (EU) Nr. 168/2013, (EU) 2018/858, (EU) 2018/1139 und (EU) 2019/2144 sowie der Richtlinien 2014/90/EU, (EU) 2016/797 und (EU) 2020/1828 (Verordnung über künstliche Intelligenz)

Artikel 2

Anwendungsbereich

- (1) Diese Verordnung gilt für
 - a) Anbieter, die in der Union KI-Systeme in Verkehr bringen oder in Betrieb nehmen oder KI-Modelle mit allgemeinem Verwendungszweck in Verkehr bringen, unabhängig davon, ob diese Anbieter in der Union oder in einem Drittland niedergelassen sind;
 - b) Betreiber von KI-Systemen, die ihren Sitz in der Union haben oder in der Union befinden;
 - c) Anbieter und Betreiber von KI-Systemen, die ihren Sitz in einem Drittland haben oder sich in einem Drittland befinden, wenn die vom KI-System hervorgebrachte Ausgabe in der Union verwendet wird;

Art. 3 Ki-Act

4. „Betreiber“ eine natürliche oder juristische Person, Behörde, Einrichtung oder sonstige Stelle, die ein KI-System in eigener Verantwortung verwendet, es sei denn, das KI-System wird im Rahmen einer persönlichen und nicht beruflichen Tätigkeit verwendet;

Handlungsbedarf 1 für CH-Unternehmen

- Welcher Datenschutzgesetzgebung untersteht ihr Unternehmen? (DSGVO / nDSG)
- Kommt der EU AI Act für Ihr Unternehmen zur Anwendung?
- Ist Ihr Unternehmen auf die Übernahme der Europaratskonvention 2024 vorbereitet? (Ende 2026/2027)

In sichere KI investieren

Unternehmen tun gut daran, betriebliche Leitlinien zu erfassen und ihre Mitarbeitenden für die Gefahren, die bei der Anwendung der KI entstehen können, zu schulen. Für Unternehmen im EU-Raum ist das seit dem 2. Februar 2025 bereits verpflichtend. Eine weitere Möglichkeit ist es, dass Unternehmen in sichere KI-Modelle investieren.

Leitlinien und Schulung -> Nachweispflicht

KI-Tools: Weisung und Schulung der Mitarbeitenden betreffend KI im Unternehmen

Viele Unternehmen evaluieren zurzeit verschiedene KI-Tools, um diese einzusetzen. Dabei wird der Fokus vermehrt auf die Prüfung des Anbieters gelenkt. Dieser wird aus verschiedenen rechtlichen Perspektiven, wie beispielsweise dem Datenschutzrecht, der Datensicherheit oder dem Urheberrecht, durchleuchtet. An die interne Regelung und Schulung im Umgang mit solchen Tools wird oft erst nachgelagert gedacht. Doch auch intern sollten Unternehmen gewisse Regelungen festhalten und die Mitarbeitenden entsprechend schulen, um die bestehenden Risiken beim Einsatz von KI-Tools auf ein annehmbares Mass zu reduzieren.

<https://www.weka.ch/themen/datenschutz-und-it-recht/kuenstliche-intelligenz-und-recht/article/ki-tools-weisung-und-schulung-der-mitarbeitenden-betreffend-ki-im-unternehmen/>

Handlungsbedarf 2 für CH-Unternehmen

- 1 Arbeitnehmende dürfen keine sensiblen oder personenbezogenen Daten in KI-Tools eingeben.
- 2 Da Unternehmen für die Gesundheit und Sicherheit ihrer Mitarbeitenden sorgen müssen, gehört auch der grundsätzliche Schutz vor Überwachung und Kontrolle durch KI-Tools dazu.
- 3 Zudem sind Arbeitgeber*innen verpflichtet, ihre Mitarbeitenden zu informieren, falls sie in Ausnahmefällen im erlaubten Rahmen KI zur Analyse oder Überwachung der Arbeit einsetzen und darüber hinaus die Einwilligung der Mitarbeitenden einzuholen, wo dies erforderlich ist.
- 4 Arbeitnehmende dürfen jederzeit Auskunft von der Arbeitgeber*in verlangen, welche Daten über sie bearbeitet werden und wofür. Es dürfen nur Daten über Arbeitnehmende erhoben und bearbeitet werden, die notwendig sind und nur zum angegebenen Zweck. Die erhobenen Daten sind von der Arbeitgeber*in durch technische und organisatorische Massnahmen zu schützen.

Wenn in einem Text **verborgene Sonderzeichen** enthalten sind (z. B. Steuerzeichen, Zero-Width Spaces, unsichtbare Unicode-Zeichen), dann sieht der Text **auf den ersten Blick normal aus** – für das menschliche Auge ist meist kein Unterschied erkennbar.

Beispiele für „unsichtbare“ Zeichen:

- **Zero-Width Space (ZWSP, U+200B)** → wird nicht angezeigt, erzeugt aber einen unsichtbaren Trenner.
- **Zero-Width Non-Joiner (U+200C)** und **Zero-Width Joiner (U+200D)** → steuern die Darstellung von Schriftzeichen, erscheinen aber nicht sichtbar.
- **Non-Breaking Space (U+00A0)** → sieht wie ein normales Leerzeichen aus, ist aber ein anderes Zeichen.
- **Steuerzeichen** (z. B. Tab, Zeilenumbruch, Carriage Return) können im Text verborgen sein.



Testdatei.docx
Dokument

bitte zeige mir im beigefügten Text die verborgenen Sonderzeichen

Ich habe mir deine **Testdatei.docx** angeschaut.

Darin stecken tatsächlich **unsichtbare Sonderzeichen** – hier die Übersicht:

Gefundene verborgene Zeichen

1. Satz 1 – „Heute gehe ichspazieren.“

→ Enthält ein **Zero-Width Space (U+200B)** zwischen „ich“ und „spazieren“.

2. Satz 7 – „Zero-Width-Spacehier.“

→ Zwischen „Space“ und „hier“ steckt ebenfalls ein **Zero-Width Space (U+200B)**.

3. Satz 8 – „Non-Breaking-Hyphen“

→ Das Bindestrich-Zeichen ist kein normales Minus (U+002D), sondern ein **Non-Breaking Hyphen (U+2011)**.

Keine unsichtbaren Zeichen gefunden in:

- Den Sätzen 2, 3, 4, 5, 6, 9 und 10.

(Dort sind nur „sichtbare“ Zeichen wie Umlaute ö, ä, ü enthalten, aber keine Zero-Width- oder Sonder-Leerzeichen.)

soscisurvey.de/tools/view-chars.php

View non-printable unicode characters

Online tool to display non-printable characters that may be hidden in copy&pasted strings.

Please paste the string here:

Kritik, da er Umweltauflagen für Fabriken lockert und die EPA (Umweltschutzbehörde) umstrukturiertfaz.net.
Innenpolitisch sorgt Trump mit seiner Rhetorik und der Instrumentalisierung von Gewaltvorfällen für Aufsehen: Nach dem tödlichen Angriff auf den konservativen Aktivisten Charlie Kirk machte er die politische Opposition öffentlich verantwortlichtagesschau.de+1. Seine juristischen Auseinandersetzungen halten an, unter anderem mit Klagen gegen Medien und laufenden Berufungsverfahren in früheren Zivilprozessenen.wikipedia.org. Trotz seiner Versprechen, die Wirtschaft zu stärken, sinkt seine Zustimmung in der Bevölkerung, da viele Amerikaner die versprochenen Lohnerhöhungen und sinkende Inflation nicht spüreconomist.com.
Trump bleibt eine umstrittene Figur, die mit provokanten Aussagen und unkonventionellen Methoden die politische Landschaft der USA prägt. Seine Anhänger sehen in ihm einen starken Führer, während seine Gegner die Spaltung des Landes und die Schwächung internationaler Bündnisse kritisierenfaz.net+2.

Show me the characters

See U+A0 what 's ·hidden ·in ·your ·string.. or ·be U+200B hind U+FEFF

45 characters, 52 bytes

View non-printable unicode characters

Online tool to display non-printable characters that may be hidden in copy&pasted strings.

Please paste the string here:

Donald Trump ist seit Januar 2025 zum zweiten Mal US-Präsident und führt das Land mit einer klar polarisierenden Agenda. In seiner zweiten Amtszeit setzt er weiterhin auf eine harte Handelspolitik, etwa durch hohe Zölle auf Importe aus China und Europa, was weltweit für wirtschaftliche Spannungen sorgtfoxnews.com+1. Trump fordert die NATO-Staaten auf, ihre Ölkäufe aus Russland einzustellen, bevor er bereit ist, neue Sanktionen gegen Moskau zu verhängen – eine Forderung, die in Europa auf Kritik stößtzeit.de+1. Seine Klimapolitik steht in der Kritik, da er Umweltauflagen für Fabriken lockert und die EPA (Umweltschutzbehörde) umstrukturiertfaz.net.
Innenpolitisch sorgt Trump mit seiner Rhetorik und der Instrumentalisierung von Gewaltvorfällen für Aufsehen: Nach dem tödlichen Angriff auf den konservativen Aktivisten Charlie Kirk machte er die politische Opposition öffentlich verantwortlichtagesschau.de+1. Seine juristischen Auseinandersetzungen halten an, unter anderem mit Klagen gegen Medien und laufenden Berufungsverfahren in früheren Zivilprozessen.wikipedia.org. Trotz seiner Versprechen, die Wirtschaft zu stärken, sinkt seine Zustimmung in der Bevölkerung, da viele Amerikaner die versprochenen Lohnerhöhungen und sinkende Inflation nicht spüreconomist.com.

Show me the characters

Donald·Trump·ist·seit·Januar·2025·zum·zweiten·Mal·US-Präsident·und·führt·das·Land·mit·einer·klar·polarisierenden·Agenda·In·seiner·zweiten·Amtszeit·setzt·er·weiterhin·auf·eine·harte·Handelspolitik,·etwa·durch·hohe·Zölle·auf·Importe·aus·China·und·Europa,·was·weltweit·für·wirtschaftliche·Spannungen·sorgtfoxnews.com+1·Trump·fordert·die·NATO-Staaten·auf,·ihre·Ölkäufe·aus·Russland·einzustellen,·bevor·er·bereit·ist,·neue·Sanktionen·gegen·Moskau·zu·verhängen·-·eine·Forderung,·die·in·Europa·auf·Kritik·stößtzeit.de+1·Seine·Klimapolitik·steht·in·der·Kritik,·da·er·Umweltauflagen·für·Fabriken·lockert·und·die·EPA·(Umweltschutzbehörde)·umstrukturiertfaz.net.
Innenpolitisch·sorgt·Trump·mit·seiner·Rhetorik·und·der·Instrumentalisierung·von·Gewaltvorfällen·für·Aufsehen:·Nach·dem·tödlichen·Angriff·auf·den·konservativen·Aktivisten·Charlie·Kirk·machte·er·die·politische·Opposition·öffentlich·verantwortlichtagesschau.de+1·Seine·juristischen·Auseinandersetzungen·halten·an,·unter·anderem·mit·Klagen·gegen·Medien·und·laufenden·Berufungsverfahren·in·früheren·Zivilprozessen.wikipedia.org·Trotz·seiner·Versprechen,·die·Wirtschaft·zu·stärken,·sinkt·seine·Zustimmung·in·der·Bevölkerung,·da·viele·Amerikaner·die·versprochenen·Lohnerhöhungen·und·sinkende·Inflation·nicht·spüreconomist.com.
Trump·bleibt·eine·umstrittene·Figur,·die·mit·provokanten·Aussagen·und·unkonventionellen·Methoden·die·politische·Landschaft·der·USA·prägt·Seine·Anhänger·sehen·in·ihm·einen·starken·Führer,·während·seine·Gegner·die·Spaltung·des·Landes·und·die·Schwächung·internationaler·Bündnisse·kritisierenfaz.net+2.

1585 characters, 1615 bytes

View non-printable unicode characters

Online tool to display non-printable characters that may be hidden in copy&pasted strings.

Please paste the string here:

```
**Kurzbericht: Customer-Relationship-Management (CRM)**  
  
**1. Definition und Ziele**  
Customer-Relationship-Management (CRM) bezeichnet die systematische Pflege und Analyse aller Kundenkontakte über den gesamten Lebenszyklus hinweg. Ziel ist es, Kundenzufriedenheit und -bindung zu steigern, Cross- und Upselling-Potenziale zu identifizieren sowie Geschäftsprozesse zu optimieren.  
  
**2. Kernfunktionen moderner CRM-Systeme**
```

Show me the characters

```
**Kurzbericht:·Customer-Relationship-Management·(CRM)** CR LF  
CR LF  
**1·Definition·und·Ziele**· CR LF  
Customer-Relationship-Management·(CRM)·bezeichnet·die·systematische·Pflege·und·Analyse·aller·Kundenkontakte·über·den·gesamten·Lebenszyklus·hinweg·Ziel·ist·es,·Kundenzufriedenheit·und·-bindung·zu·steigern,·Cross-·und·Upselling-Potenziale·zu·identifizieren·sowie·Geschäftsprozesse·zu·optimieren. CR LF  
CR LF  
**2·Kernfunktionen·moderner·CRM-Systeme**· CR LF  
--**Kontaktmanagement:**·Speicherung·und·Strukturierung·von·Kunden U+AD daten·(Adressen,·Kommunikationshistorie,·Präferenzen)· CR LF  
--**Vertriebssteuerung·(Sales·Automation):**·Pipeline-·und·Lead-Management·zur·Unterstützung·des·Außendienstes· CR LF  
--**Marketing-Automation:**·Segmentierung,·Kampagnen U+AD steuerung·und·Erfolgskontrolle·digitaler·Werbe·maßnahmen· CR LF  
--**Customer·Service·&·Support:**·Ticketing,·Self-Service-Portale·und·Wissensdatenbanken· CR LF  
--**Reporting·&·Analytics:**·Echtzeit-Dashboards·und·Auswertungen·zur·Entscheidungsunterstützung· CR LF  
LF  
CR LF  
**3·Geschäftlicher·Mehrwert**· CR LF  
--**Effizienzsteigerung:**·Durch·Automatisierung·wiederkehrender·Aufgaben·sinkt·der·manuelle·Aufwand,·und·Fehlerquoten·verringern·sich· CR LF  
--**Personalisierung:**·Gezielte·Angebote·und·individuelle·Ansprache·erhöhen·die·Conversion-Rate·und·fördern·die·Loyalität· CR LF  
--**Transparenz:**·Einheitliche·Datenbasis·aller·Abteilungen·ermöglicht·schnellere·Reaktionen·auf·Kundenanfragen·und·Marktveränderungen· CR LF  
CR LF  
**4·Aktuelle·Entwicklungen**· CR LF  
--**Künstliche·Intelligenz·&·Machine·Learning:**·Prognosen·zu·Kaufverhalten·und·automatisierte·Lead-Scoring-Modelle·gewinnen·an·Bedeutung· CR LF  
--**Integration·mit·Collaboration-Tools:**·Nahtlose·Vernetzung·von·CRM-·und·Kommunikations U+AD plattformen
```

105
0x69

Wie erkenne ich mit KI erstellte Bewerbungen

(18)

z.B. Erkennen von Plagiaten

Originality.ai Content Scanner

Product tour

To learn how to use the tool, click "Start tour" to load an example scan and begin the walkthrough.

Skip Start tour

Hide product tour

0 words | 0 credits Scan

AI checker: Likely AI or original

Plagiarism checker: not checked

Readability: Reading ease

Spelling & grammar: Correct

Content optimization: Optimized

AI check Plagiarism check Exclude URL Fact check Readability Grammar Content optimization

Import B I U Text Export

Enter or paste the text you want to scan here. Alternatively you can import text from a file or URL using the buttons above. Press the 'Scan Now' button to run your scan.

0 words | 0 credits Scan

©2025 - Originality.ai - 4.0.7

Fazit: ChatGPT Wasserzeichen – Mythos oder Realität?

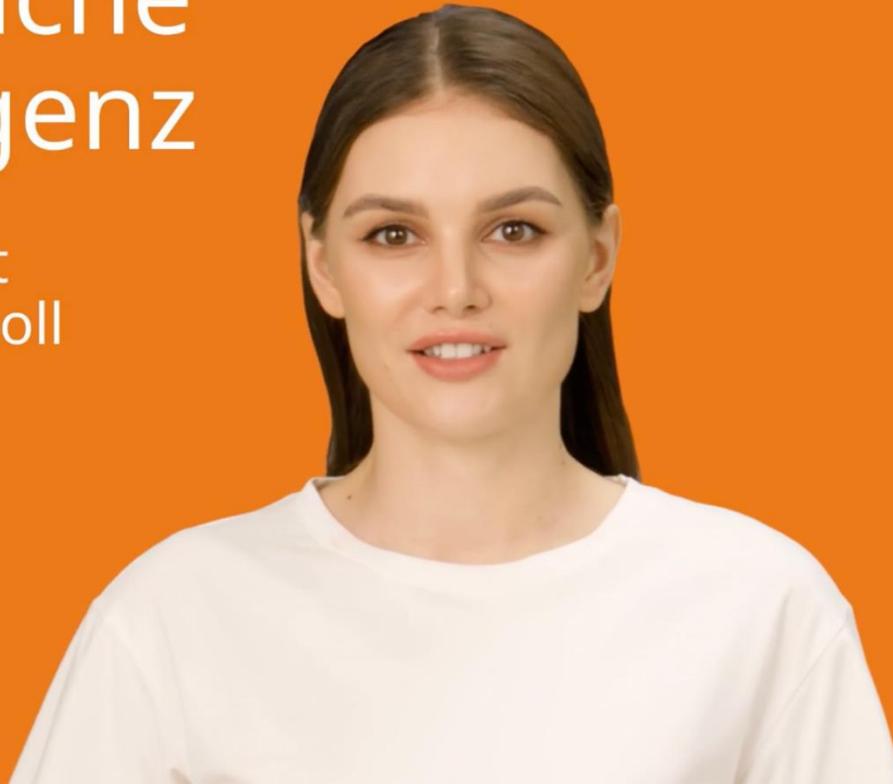
Zusammenfassend lässt sich sagen, dass das sogenannte ChatGPT Wasserzeichen kein bewusstes, technisches Wasserzeichen ist, sondern eher eine Folge der Trainingsdaten und der Textausgabe mit Soft Hyphens. Diese bedingten Trennstriche sind in vielen Webtexten üblich und werden von ChatGPT übernommen.

Die Erkennung dieser Unicode-Zeichen kann ein erster Hinweis darauf sein, dass ein Text von ChatGPT generiert wurde. Allerdings ist diese Methode nicht narrensicher und funktioniert nur bei Texten, die diese Sonderzeichen enthalten.

Andere KI-Textdetektoren wie ZeroGPT funktionieren aktuell nur begrenzt zuverlässig, vor allem bei modernen Modellen. Die KI-Entwicklung schreitet schnell voran, was die Erkennung immer schwieriger macht.

Künstliche Intelligenz

in der Arbeit
sicher, sinnvoll
und erlaubt
nutzen



Diana Perry

VISCHER
SWISS LAW AND TAX

<https://www.vischer.com/know-how/blog/teil-1-ki-am-arbeitsplatz-die-drei-wichtigsten-punkte-fuer-mitarbeitende/>

Punkt Nr. 1

Eine KI versteht nicht
Ihre Antworten können
voreingenommen, ungenau
oder erfunden sein

Darum: Prüfe das Ergebnis
Du bleibst verantwortlich



Nutze KI, aber behalte die Kontrolle



VISCHER
SWISS LAW AND TAX

<https://www.vischer.com/know-how/blog/teil-1-ki-am-arbeitsplatz-die-drei-wichtigsten-punkte-fuer-mitarbeitende/>

Punkt Nr. 2

Nicht alle Anbieter sind vertrauenswürdig

Geheimnisse, Daten über andere und Inhalte Dritter nur in den dafür freigegebenen KI-Systemen verwenden

Lerne den Umgang mit KI, damit Du ihre Grenzen verstehst



VISCHER
SWISS LAW AND TAX

<https://www.vischer.com/know-how/blog/teil-1-ki-am-arbeitsplatz-die-drei-wichtigsten-punkte-fuer-mitarbeitende/>

Punkt Nr. 3

Viele Regeln gibt es schon

Höre auf Dein Gefühl –
fühlt es sich richtig an?

Prüfe Dein KI-Vorhaben
frühzeitig mit Euren
Fachleuten

Diskutiert Eure ethischen Prinzipien



VISCHER
SWISS LAW AND TAX

<https://www.vischer.com/know-how/blog/teil-1-ki-am-arbeitsplatz-die-drei-wichtigsten-punkte-fuer-mitarbeitende/>

Fazit:

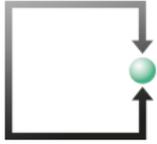
Verantwortung und Sorgfaltspflichten der Führungskräfte hinsichtlich der Digitalisierung im Unternehmen stellen **hohe Anforderungen an die Führungskräfte aller Stufen.**

**Aufgaben kann man delegieren,
Verantwortung NIE**

- Der Umgang mit allen digitalen Risiken im Unternehmen gehört in den Aufgabenbereich des VR und der GL (Führungsaufgabe: Art. 716 Abs. 5 OR)
- Rasanter technologischer Wandel (z.B. auch KI) zwingt zu periodischer, mindestens einmal jährlicher Überprüfung der veranlassten technischen und organisatorischen, prozessualen und personellen sowie finanziellen Massnahmen zur Vermeidung von digitalen Risiken
- **Die Beweislast für die Erfüllung der Sorgfaltspflichten liegt bei GL und VR**
- Die Haftung dehnt sich in den persönlichen Bereich aller Mitgliedern der GL und VR aus (Grobfahrlässigkeit).

- **Umsetzung der neuen Datensicherheitsvorgaben gemäss CH-DSG**
 - Dateninventar, Bearbeitungsverzeichnis, Datenschutzfolgeabschätzung, techn. und organ. Massnahmen (TOM's), Verträge mit Datenverarbeitern
- **Prozessbeschreibungen** für
 - Wahrung der Rechte der Betroffenen (Kunden, Lieferanten etc.)
 - Meldepflichten an Datenschutzbehörde
 - Benachrichtigungen an Betroffene
- **Jährliche Überprüfung der Cyberrisiko-Situation und der TOM's**
 - GAP-Analyse in GL vorbereiten und mit VR abstimmen
 - Standard-Traktandum 1x jährlich Analyse und Beschlüsse protokollieren
- **Awareness-Schulungen der Mitarbeitenden (Nachweise)**

- Handlungsbedarf 1 Folie 119
- Handlungsbedarf 2 Folie 121



Rechtsanwälte
ATTORNEYS @ LAW

FSDZ Rechtsanwälte & Notariat AG

Zugerstrasse 76b | 6340 Baar | Tel. +41 41 727 60 80 | Fax +41 41 727 60 85 | E-Mail sekretariat@fsdz.ch

Impressum Datenschutzbestimmungen

Profil Kompetenzen - Team Aktuell Publikationen Referenzen Kontakt

Aktuelles aus unserer Kanzlei.

Alle

Intern

Publikationen

Veranstaltungen



Jetzt anrufen 041 727 60 80
oder E-Mail schreiben

CAS Information-Security und Risk-Management

Verfasst am 29.05.2019

Fachhochschule Nordwest-Schweiz, FHNW in Basel

Rechtsanwalt Lukas Fässler unterrichtet an der FHNW in Basel. In diesem Kursmodul werden aus der Sicht IT-Sicherheit und IT-Riskmanagement folgende Aspekte beleuchtet:

- Grundsätze der Unternehmensführung
- Corporate Governance und Compliance
- Grundsätze von Datenschutz und neues Datenschutzrecht (DSGVO und E-DSG Schweiz)
- Grundsätze von IT-Sicherheit
- Schadensbegrenzung und Abwägung

[»Weiterlesen](#)

FSDZ Rechtsanwälte & Notariat AG

Zugerstrasse 76b
6340 Baar
Telefon +41 41 727 60 80
Fax +41 41 727 60 85
sekretariat@fsdz.ch
Karte Google Maps

Rechtsanwalt
lic. iur. Lukas Fässler
Telefon +41 41 727 60 80
Mobile +41 79 209 24 32
faessler@fsdz.ch

Rechtsanwältin und Notarin
lic. iur. Carmen de la Cruz Böhringer
Telefon +41 41 727 60 80
sekretariat@fsdz.ch

Datenschutz und Datensicherheit in der Arztpraxis

Verfasst am 16.05.2019

Besten Dank

Lukas Fässler

Rechtsanwalt & Informatikexperte
FSDZ Rechtsanwälte & Notariat AG
Zugerstrasse 76B
CH-6340 Baar
Tel. +41 +41 727 60 80
www.fsdz.ch
faessler@fsdz.ch

